E.A. 1968

1967 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

17. JAHRG. APRIL/MAI

Preis 50 Pf, Studenten 20 Pf

811

## Werner Dobrinski Stimmige Inkonsequenz

Nach unverständlich langem Zögern bemüht sich jetzt die Bundesreglerung, wirtschaftspolitilische Sofortmaßnahmen in die Wege zu leiten, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen mißlichen Wirtschaftslage zu finden. Noch Ist nicht völlig geklärt, wie sich Regierung und Mehrheitsfraktionen des Bundestages die Realsierung des angestrebten Programmes vorstellen. Nach all dem, was bisher bekannt geworden ist, wird man aber – um hier ein erstes Urteil vorwegzunehmen – die geplanten Vorhaben keinesfalls als unvernünftig abtun können. So ist daran gedacht, im Rahmen eines Eventualhaushaltes gezielte Ausgaben in Höhe von 2,5 Mrd. DM durch Bundesbahn und Bundesposi bzw. auf dem Gebiet des Straßenbaues tätigen zu lassen; in diesem Zusammenhang stehen auch weitere Kreditverbilligungen, um die Investilionsneigung der privaten Unternehmungen anzureizen. Schließlich soll der gewerblichen Wirtschaft das Recht zu Sonderabschreibungen eingeräumt werden, um auch auf diese Weise die konjunkturelle Flaute besser bekämpfen zu können.

bekämpfen zu können.
Nun, es wurde hereits gesagt, daß die ,geplanten Maßnahmen' in ihrer Konsequenz richtigen wirtschaftspolitischen Grundsätzen folgen.
Wenn man trotzdem keinesfalls begelstert zusilmmen kann, so liegt es einmal am Zeitpunkt
dieser ,geplanten Maßnahmen' sowie an der
Unvollständigkeit des Programmens. Ein Exempel hierzu bletet die Konfusion, die im Zusammenhang mit den geplanten Steuersenkungen
eingetreten ist. Allem Anschein nach wollen
SPD und CDU auf diesem Geblet den Professor Karl Schiller desavouleren, Indem sie der
völlig antiquierten Forderung nach einem formalen Haushaltsausgleich den Vorzug geben
vor ökonomisch-sinnvollen Ausgabenerhöhungen bzw. Einnahmesenkungen.

gen bzw. Einnahmesenkungen. Doch ganz abgesehen davon: In erster Linie verdienen die strukturellen Mängel des Pro-grammes kritisch betrachtet zu werden, wie grammes kritisch betrachtet zu werden, wie etwa die Finanzierung des Eventualhaushalltes durch zusätzliche Kredite der Bundesbank; allerdings ist keine Gewähr für eine erfolgreiche Mitarbeit der Bundesbank in Zukunft gegeben. Schon jetzt zeigt sich – Insbesondere im Hinblick auf geplante Diskontsenkungen – welche negativen Auswirkungen die formalisesstätische blick auf geplante Diskontsenkungen — welche negativen Auswirkungen die formal-gesetzliche Unabhängigkeit der Bundesbank haben kann. Offensichtlich verzichtet die Bundesreglerung auch welterhin auf die Aufstellung eines ge-samtgesellschaftlichen Programmes. Es steht Immer noch in Frage, auf welche Weise sie die Ausgaben und Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden koordinieren will. Eine langfrige Repung der Befreiderung der Befreiderten von bereichten. stige Planung der Befriedigung des kollektiven Bedarfs (etwa im Sinne des "Großen Hessenplanes" ist für die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft auch künftig ein Buch mit sieben Siegeln. Abgesehen von den Einwirkungen über die Kredit- und Abschreibungspolitik bletet das Kabingtik kein Instrument der, des geelenst

das Kabinett kein Instrument dar, das geelgnet wäre, die private Wirtschaft zu einem wachs-lums- und stabilitätskonformen Verhalten zu veraniassen. Selbst wenn es opportun erscheint, die Grund-gedanken der Schillerschen, Sofortmaßnahment zu begrüßen "so wird man doch ihren fragmen-tarischen Charakter kritisieren müssen. Schön-Wetter-Prognosen allein werden die deutsche Volkswirtschaft aus dem jetzigen Konjunktur-tief kaum herausführen.

tiel kaum herausführen. Die umgehende Beseitigung der sogenannten Unabhängigkeit der Bundesbank ergibt sich als Forderung – ganz abgesehen von den bereits erwähnten Tatsachen – daraus, daß die Bundesbank seit ihrem Bestehen ständig versucht hat, auf den Arbeitsmarkt in restriktiver Welse einzuwirken: Es gibt Direktoriumsmitglieder, die schon seit eh und je dafür plädleren, durch eine Arbeitslosenquote von etwa 4 %, Ordnung in den Lohnsektor zu bringen.

Die Finanzwirtschaft aller drei Gebietskörper-schaften – Bund, Länder und Gemeinden – muß aufeinander abgestimmt werden. Be-



KONZERTIERTE AKTION

stimmte Maßnahmen einer Ebene durch ent-gegenlaufende einer anderen zu neutralisteren, bestätigt nur die bekannte Konfusion. In die-sem Zusammenhang ist auch die Bedeu-tung einer wachstumsorientierten Steuerpolitik hervorzuheben. Der große Block der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuer muß zur Realisierung der Vollbeschäftigung zumindest zur Verfügung stehen. Innerhalb bestimmter Ober- und Untergrenzen sollte es – nach vor-heriger parlamentarischer Genehmigung – möglich sein, die Steuersätze beschäftigungs-politischen Gesichtspunkten gemäß zu varlie-ren. Ein umfangreiches Programm öffentlicher stimmte Maßnahmen einer Ebene durch ent-

Ausgaben ist schließlich für die Zukunft zu

konzipieren.
Die öffentlichen Planungsvorstellungen haben
auch die private Wirtschaft in ihre Betrachtung
einzubeziehen. Durch Instrumente einer allumfassenden, wenn auch flexiblen Rahmenplanung muß das Verhalten der privaten Wirtschaft gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten gemäß
gesteuert werden. Die Möglichkeit der Investltionskontrolle sollte den zuständigen Instanzen
zur Verfügung stehen.
Jede effektive Beschättigungspolitik wird in erheblichem Maße erschwert durch das Fehlen

heblichem Maße erschwert durch das Fehlen eines bedeutenden öffentlichen Sektors. Ein

großer Teil der Erfolge der französischen Wirt-schaftspolitik in den letzten Jahren ist wohl ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß die großen Depositenbanken und wichtige Indu-striezweige direkten staatlichen Anweisungen unterstehen. Auch aus konjunkturpolitischen Erwägungen ist lede weitere Privatisierung öffentlicher Unternehmungen abzulehnen. Im Gegen-tell: Was not tut, ist vielmehr eine substanzielle Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft.

Allein die Tendenz, daß diese Not-Thesen ihren bloß spekulativen Charakter bewahren, ist täg-Ilche Erfahrung.

Herbert Marcuse über die Great Society 📕 DISKUS-Gespräch mit dem neuen Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Walter Rüegg 📕 Frankfurter Proteste 📕 H. L. Arnold über Hans Henny Jahnn 📕 Texte von Chotjewitz, Bezzel, Domin 📕 Peters/Hitchcock: Rattentiere 📕 Paul Wunderlich: Frau mit Hochfrisur 📓 DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal vierteijährlich. Herausgeber: Hartmut Holzapfel, Manfred Müller, Gerhard-Wolfgang Schellenberg, Hans Joachim Steffen

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal viorteij\(\frac{\textit{Bhritich}}{\textit{Bhritich}}\).

Herausgeber: Hartmut Hotzapfel, Manfred M\(\textit{Biller}\), Gerhard-Wolfgang Scheilenberg, Hans Joachim Stelfen, David H. Wittenberg.

Redaktion: Hanns-Heige Schneider (Politik), Riddolph Bauer (Kulturpolitik), Franz-Joachim Gaber (Lokales), Uirich Luetjohann (Feuilleton), Gerhard Schulz, Hilde Vogel, David H. Wittenberg. S. 16 besorgte Karl Riha. Redaktionsgesch\(\textit{afsit}\), Bering-gesch\(\textit{afsit}\), Gerhard Schulz, Hilde Vogel, David H. Wittenberg. S. 16 besorgte Karl Riha. Redaktionsgesch\(\textit{afsit}\), Bering-gesch\(\textit{afsit}\), Gerhard-Wolfgang Schellenberg.

Verlagsleiter und Anzeigenredakteur: Werner Fritzsche.

Verlagsleiter und Anzeigenredakteur: Werner Fritzsche.

Anstrift der Zeitung: Deutsche Bank Nr. 240/9847, Dresdner Bank, 121.210, Postscheckkonto Firn. 1875.88.

Artikol, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet alnd, geben die Meinung des Autors wider, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beltr\(\textit{ags}\) sind Eigentum des DISKUS.

Nachdruck — auch auszugswelse — nur mit Erlaubnis der Redaktion.

Zur Zeit gitt die Anzeigenpreisilate Nr., 7 vom 1. Mat 1966.

Abonnementsbestellungen zum Preis von Disk. — j\(\textit{ahritich}\) in immt jedes Postamt entgegen.

Lielerungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.

Druck: Grawe-Druck, 605 Offenbach am Main, Sch\(\textit{aferstraße}\) 12, Telefon 81 15 18.

### Demokratie ohne Reue

HERR K. BITTET UM EINLASS IN DAS GESETZ

Art. 4 Absatz 3 des Grundgesetzes:

Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.

Sein Name ist Gerfried Kubetz, 23 Jahre alt, von Beruf Schlosser, Mitglied der Industriege-werkschaft Metall. Er führte das durchschnitt-liche Leben eines Jugendlichen In seinem Al-ter, gefärbt mit individuellen Erfahrungen.

ter, gelandt mit individuellen Erlanfungen. Am 7. 7. 1966 "begehrt er selne Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer", nachdem er am 4. 7. 1966 zur Ableistung des Grundwehrdien-stes einberufen worden war. Seit diesem Tag trennt "Kubetz" einiges von seinen Altersge-nossen, er ist zu einem Fall, zu einem Akten-zeichen geworden — 24–11–01 KDV-Reg 25. L 14/43 — 14/43

Lati/43 —.

Der Fall schien zunächst kurz und harmlos:
7.7. 1966 Antrag auf Kriegsdienstverweigerung
4. 8. 1966 Antrag auf Kriegsdienstverweigerung
4. 8. 1966 Antrag auf Kriegsdienstverweigerung
4. 8. 1966 Antrag auf Kriegsdienstverweigerung
5. 200 Antrag auf Kriegsdienstverweigerung
6. 8. 1966 Antrag auf Kriegsdienstverweigerung
6. 1964 Erschaftlich auf einen Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang, den G. K. mit 18 Jahren, wenige Wochen nach Erhalt des Führerscheins, verursacht hatte. Andere Gründe waren nicht gefragt und kamen nicht zur Sprache. So heißt es dann im Anerkennungsbescheid vom 22. 8.

"Nach dem Prüfungsverfahren, insbesondere nach der mündlichen Verhandlung, ist der Prü-fungsausschuß unter Würdigung der gesamten Persönlichkeit und des sittlichen Verhaltens des Antragstellers zu dem Ergebnis gekommen, des Antragstellers zu dem Ergebnis gekommen, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung als Kriegsdienstverweitgerer bei ihm vorzuliegen scheinen. Nicht zuletzt durch den Schock des Verkehrsunfalles verursacht, scheinen sich bei ihm gewisse Bedenken gegenüber jeder Anwendung von Waffengewalt zwischen den Staaten so gefestigt zu haben, daß er unter ihrem Zwang zu dem Entschluß kam, jeden Dienst mit der Waffe ablehnen zu müssen. Es scheint in ausreichendem Maße wahrscheinlich, daß seine Erwägungen zu einer Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst geführt haben."

Aber verfolgen wir den Gang der Dinge noch einmal genau:

G. Kubetz fuhr am 3. 7. 1966 in einem Abteil der Bundesbahn mit einigen, In Vorfreude an-getrunkenen, Rekruten nach Treysa zur Bundes-

wehr. Schon auf dem Bahnhof wurde er und seine "Kumpanen" mit einem zackigen "Los, los "Ihr seid hier nicht zu Besuch'!" auf einen LKW verfrachtet und in die Kaserne transportlert. Beim Austellen des Beltzeuges erhält er auch gleich den Hinwels "auf den guten Kom-panie-Friseur". Vor dem Einkleiden erklärte er dem "Spieß" und dem Kompaniechef, er wäre Kriegsdienstverweigerer. Beide verwiesen auf den Dienstweg und empfahlen, den Antrag schriftlich zu stellen. K. nahm damals erst ein-mal voll am Dienst leil, um in den Genuß des Wochenendurlaubs zu kommen.

Schon in Zivil — in freudiger Erwartung der Helmfahrt — rief Kanonier Kubetz im Treppen-haus der Kaserne: "Freiheit"! Er wurde sofort zum Spieß bestellt, der ihm unverblümt sagte: "So frei sind Sie nun auch wieder nicht, sondern nur so frei wie ich will; wenn ich Ihren Urlaubsschein ... Der Vorgesetzte – nachdem K. ihm versprach, nie wieder Freiheit zu ru-fen – wollte dann doch nicht.

1911 — Wollte dann doch nicht.

12, 7. 1966, Den Ruf zum morgendlichen Appell,
d. h. dem gemeinsamen Marsch zum Frühstück,
befolgte G. K. nicht, begab sich auf eine Stube,
um auf den Oberleutnant, den Kompaniechef
zu warten. Gefreiter RUA Hoffmann erschien in
der Zwischenzeit, hörte von "dem Fall", fragte,
"was denn das für Gammlermanieren sind" und
äußerte. Dir Kerl würde ich am licheten den "was denn das für Gammlermanieren sind" und äußerte: "Dir Kerl, würde ich am liebsten eine 7,65ger durch den Hals jagen!" Der Spieß trat ein, erfuhr davon und empfahl K. den Vorfall nicht tragisch zu nehmen, außerdem gäbe es keine 7,65ger mehr bei der Bundeswehr; "wir haben ganz andere Kaliber!" Dazu der Wehrbeauftragte in seinem Brief vom 14. 11. 1966 (II – 2251/66):

11. 1966 (II – 2251/66); "Nach der Darstellung des RUA Hoffmann und der Aussage des als Zeuge vornommenen Ge-freiten Adam ist die in Ihrer Eingabe aufge-griffene Äußerung des RUA Hoffmann als Re-aktion auf Ihre eigene Bemerkung, Sie seien lieber rot als tot, lieber rot als Massenmörder, in der Weise gefallen, daß RUA Hoffmann er-klärte, falls Sie im Ernstfalle zum Feind über-laufen und damit Ihre eigenen Kampradon. laufen und damit Ihre eigenen Kameraden gelaufen und damit Ihre eigenen Kameraden gefährden sollten, werde er Ihnen eine 7,65ger in
den Hals jagen. Zwar ist diese Äußerung des
RUA Hoffmann auch in diesem Zusammenhang
nicht zu billigen; da RUA Hoffmann im Zeitpunkt des Gespräches aber nicht Ihr Vorgesetzter gewesen ist, und es sich deshalb nur
um eine Äußerung unter Kameraden gehandelt
hat, habe ich zur Wahrung der Grundsätze der
inneren Führung keine Veranlassung sein Verhalten zu beanstanden und auf irgendwelche
Maßnahmen gegen ihn hinzwurken."
Oberleutnant Wolf hielt K vor dem Wochenend-

Oberleutnant Wolf hielt K, vor dem Wochenend-Oberleutnaht Wolf hielt K. vor dem Wochenend-urlaub für einen ganz vernünftigen Menschen: "Was ist in Sie gefahren? Wo waren Sie denn das Wochenende? Mit wem haben Sie gespro-chen?" Der Kanonier sollte sich die Sache nochmals überlegen und erhielt bis Mittag Be-denkzeit. Auch der Kasernenkommandeur, Major Hofmelster, verwies ihn auf die Verwerflichkeit seines Tuns und zeigte die rechtlichen Konsequenzen auf: "Im Grunde genommen bin ich der größte Pazifist. Ich habe aktiv am letz-ten Krieg teilgenommen und kenne die Schrekken. Ich sage mir, damit es nie wieder soweit ken. Ich sage mit, damt es nie wieder soweit kommt, deswegen bist du hier. .. Sie kennen wahrscheinlich die Russen nicht! .. . Außerdem heißt es ja in der Bibel "Auge um Auge, Zahn um Zahn". Als 24–11–01 trotzdem den Befehl am Dienst teilzunehmen verweigerte, wurde er mit angeschlagener Waffe abgeführt.

Nach einem Tag Haft sollte Gerfried Kubetz ein Elnzelzimmer fegen, um es anschließend zu bewohnen, damit er nicht durch seine Reden die Kameraden verhetze. Neben dem Einzelzimmer bot man K. noch "ein Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung" an, denn inzwischen hatte ein junger Mann aus der Nachbarstube auch einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdiensterweisere, gestellt. Auf die groupe Betelste verweigerer gestellt. Auf die erneute Befehls-verweigerung ließ man den "Rekruten" wieder abführen. In diesem Augenblick erschien seine Verlobte zu Besuch; sie erschrak und warf sich ihrem Verlobten um den Hals. Gewaltsam wurden die beiden getrennt. Die Verlobte wurde zu oen die beiden getrennt. Die verlobte wurde zu Oberleutnant Wolf bestellt, der sich eine halbe Stunde mit ihr unterhielt und versicherte, er wolle nur das Beste für den jungen Mann. Nach dieser Unterredung bedrängte sie ihren Freund, doch auf alle Fälle am Dienst teilzunehmen, was dieser dann auch versprach, um zusätz-liche Angst und Konflikte zu vermeiden.

saß seine 5 Tage Arrest noch ab. Aus der K. sall seine 5 lage Arrest noch ab. Aus der Zelle schrieb er einige Briefe, unter anderem auch an den Wehrbeauftragten, was seinen Vorgesetzten so beunruhigte, daß er den Arrestanten vorführen ließ und ihn nach einer Rechtsmittelbehrung den besagten Brief öffnen und vorlesen ließ. Über die "nur negative Kritik" des Kriegsdienstverweigerers zeigte sich der Soldat erbost und empfahl, doch "auch des Positive zu sehreiben was ihm het der Positive zu schreiben, was ihm bei der Bundeswehr passiert sei".

Direkt aus der Zelle wanderte K. mit Fleber Krankenrevier. Dort empfing er einen Brief des Wehrbeauftragten in dem dieser mitteilte, er hätte sich telefonisch bei der Kompanie erkunhätte sich telefonisch bei der Kompanie erkundigt und erfahren, daß K. bis zu seiner Anerkennung "Im Sanitätsbereich beschäftigt" wäre und "vom Dienst mit der Wafte befreit" wäre. Diesen Brief las K. dem Oberleutnant Wolf vor, mit der Bemerkung, der Wehrbeauftragte wäre belogen worden. Wolf: "Lügen kommen bei uns nicht vor, das ist höchstens ein Irrtum." (Ein allerdings folgenschwerer Irrtum für den Kriegsdienstverweigerer.) K. kreidete dieses Verhalten nicht an, da Oberleutnant Wolf seiner Verlobten versichert hatte, er würde vor Ge-Verhalten nicht an, da Oberleutnant Wolf seiner Verlobten versichert hatte, er würde vor Ge-richt nichts Nachteiliges über den "Rekruten" verlaulen lassen. Er hat dann aber K.— nach seinen eigenen Worten — "In die Pfanne ge-hauen", jedes Gespräch wiedergegeben und einen Bericht verfaßt, in dem er herausstrich, der Beschuldigte hätte die Befehlsverweige-rung in lässiger Haltung begangen und außer-dem durch seine Reden Kameraden schlecht beeinflußt ("Wehrkraftzersetzung").

Fräulein Renate Sch. besuchte ihren Verlobten noch während der Arrestverbüßung und fotografierte dabei die Zelle vom Hof aus. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) – so K. – erschien sofort, schöpfte Verdacht, weil sich herausstellte, daß die junge Dame in Leipzig geboren ist (Ostkontakte der Kriegsdienstverweineren) und erstellte Anzeine Noch am geleiner gerer) und erstattete Anzeige. Noch am glei-chen Tage wurde R. Sch. in Treysa von der Polizei vernommen, der Film wurde eingezoHerr K. hatte — von der Bundeswehr entlassen und als Kriegsdienstverweigerer rechtskräftig anerkannt — dann in Treysa vor dem Schöffengericht die 1. Verhandlung wegen "Gehorsamsverweigerung". Im Verlaufe der Verhandlung kam die Sprache auf "die Verweigerung in äußerst lässiger Haltung". Als der Angeklagte das erklärt wissen wollte, führ ihn der Richter scharf an: Ja, man braucht Sie bloß eben anzusehen! Der junge Staatsanwalt hatte durch seine Art den Richter schon vorher auf "Vordermann" gebracht und hieb nun in die gleiche Kerbe in seinem Plädoyer; wo die Bundeswehr hinkäme, wenn man jeden Kriegsdienstverweigerer mit Samthandschuhen anlassen würde, diesen Leuten alles erlauben würde, während ihre Kameraden die Härte des Dienstes zu spüren bekämen. Es wäre auf keinen Fall denkbar für der deutschen Staat, daß man Kriegsdienstverbekämen. Es wäre auf keinen Fall denkbar für den deutschen Staat, daß man Kriegsdienstverweigerer mit Samthandschuhen anfaßt. Die Selbstverteidigung K's war erfolglos. (Offensichtlich ist das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Bevölkerung in Treysa besonders herzlich.) Der Angeklagte wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Verfahrenskosten hatte er damit auch zu tragen.

Auch in der 2. Instanz in Marburg wurde G. K. wieder verurteilt, allerdings zu "vier Wochen Einschließung" und nur zu den halben Gerichtskosten. Ein Teilerlotg" um so erstaunlicher, als doch derselbe Staatsanwalt wie in der 1. Instanz ein gleichlautendes Plädoyer hielt

Instanz ein gleichlautendes Pladoyer hielt.

Der Wehrbeauftragte schrieb dazu in seinem Brief (II – 2251/66) vom 14. 11. 1966 (1?) u. A.);
"Zu Ihrem Schreiben vom 12. 9. 1966 muß ich Ihnen mitteilen, daß ich im Rahmen meiner gesetzlichen Aufgabe keine Möglichkeit habe, in irgendeiner Weise in ein lautendes Strafverfahren einzugreifen. Es ist mir deshalb auch nicht möglich gewesen, Ihnen bezüglich der von Ihnen angezeigten bevorstehenden Hauptverhandlung wegen Gehorsamsverweigerung behilflich zu sein.

benimen zu sein.
Ich habe mich aber inzwischen über den Ausgang des Strafverfahrens unterrichten lassen und erfahren, daß Sie auf Ihre Berufung hin in der Hauptverhandlung vom 15. 11. 1966 (?? kdk) zu einem Monat Einschließung verurteilt worden sind. Im Zusammenhang hiermit sehe ich mich gehalten, darauf hinzuweisen, daß in Lileratur und Rechtsprechung die Ansicht vertreten wird, das Grundrecht auf Kriegsdiensterweiserung wirke unmittelbar und ein Soldat. verweigerung wirke unmittelbar und ein Soldat, der zur Kriegsdienstverweigerung berechtigt sei und sich weigere einen Befehl zur Dienstleistung mit der Waffe auszuführen, könne nicht wegen Ungehorsams oder Befehlsverweigerung bestraft werden.

Hinblick auf das oben aufgezeigte Überprüfungsergebnis sowie die vorstehenden Aus-führungen kann ich die Bearbeitung Ihrer Ein-gabe als abgeschlossen betrachten, wäre Ihnen aber im übrigen sehr verbunden, wenn Sie mich von dem endgülligen Abschluß des Straf-verfahrens unterrichten würden."

verfahrens unterrichten würden."
In der 3. Instanz (Revision) am 5. April 1967
wurde die Möglichkeit eines Grundsatzurteils
aufgezelgt, nach dem der Artikel 4 Abs. 3 des
Grundgestzes unmittelbar wirke und nicht
durch Gesetz oder Erlaß nachträglich terminiert
werden könne. Ein Antrag des Staatsanwalts
auf Grund zweier Urteile des Oberlandesgerichts Celle, die der Auffassung des Frankfurter
Senats widersprechen, bewirkte eine eingehende Prüfung dieser Urteile. Sollte das Frankfurter
ter Gericht bei seiner Interpretation bleiben, so ter Gericht bei seiner Interpretation bleiben, so dürfte es zu einer endgültigen Entscheidung erst vor dem Bundesgerichtshof kommen. Klaus-Dietmar Katarski

### Ostermarsch im neuen Stil?

Das war jedenfalls der Slogan, mit dem die "Kampagne für Abrüstung" ihre diesjährigen Erfolgsmeldungen an die Presse brachte: 150 000 Teilnehmer, mehr als 800 Elinzelveranstaltungen, noch mehr prominente Unterstützer. Der "neue Stil" war: weniger wandern, weniger Die-Bombe-muß-weg beten, mehr Straßentheater, politische Happenings, politische Revuen, permanente Straßendiskussionen. Wenn man mit den generellen Zielen der "Kampagne für Abrüstung" übereinstimmt, ist diese Tendenz zu begrüßen. Sie ist das Resultat des politischen Engagements vorwiegend jüngerer Sympathisanten, Marschierer, die oft nur darum am Ostermarsch mitmachen, weil es "keine bes-

sere Bewegung" gibt, denen aber das Mar-schleren gegen die Bombe nicht genügt. Wenn jetzt der Ostermarsch etwas phantaslevoller und attraktiver ist und nicht mehr ganz so san-dalenmäßig daherkommt, so ist das zugleich auch ein Resultat der Poilisierung der "Kam-pagne für Abrüstung", die heute nicht mehr beschränkt ist auf eine single-purpose-move-ment, sondern ihr Programm ausgedehnt hat auf die Agitation gegen den "Notstand der De-mokratie" und gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam. in Vietnam.

in Vietnam.

Damit kommt sie aber zur gleichen Zeit in eine neue Gefahr: In der Bundesrepublik gibt es bekanntlich kelne sozialistische Partei, jedenfalls dann nicht, wenn man unter Partei etwas lebendiges versteht, etwas was sich selbst und andere vorwärts bewegt. Ganz ohne Zweifel werden jetzt der Kampagne in dem Maß, in dem sie politische lebssessen und für dem sie politische Interessen und Überzeu-

gungen der Opposition gegen die große Koa-lition zum Ausdruck bringt, Parteifunktionen angetragen. Es gibt bereits in der Kampagne selbst genug Stimmen, die die sozialistischen seibst genug Stimmen, die die sözialistischen und die jüngeren konsequent oppositionellen Kräfte aus ihr herausziehen und als Anfangskapital für eine sozialistische Partei buchen wollen. Das ist sehr problematisch. Zum einen, man macht damit die einzige lebendige außerparlamentarische und neben der Anti-Notparlamentarische und neben der Anti-Not-standsbewegung noch halbwegs politische Be-wegung kapult, ohne genau zu wissen, was man an Stelle dieser gewiß äußerst heteroge-nen Bewegung gegen die große Koalition auf-bauen kann. Zum anderen, man kann nicht die wenigen tragfähigen und durchdachten neuen politischen Einsichten und Methoden des Ostermarsches in die alten Schläuche einer Partei füllen, bloß weil einem der Ostermarsch zu lahm und zu verwaschen ist. In der letzten

Zeit sind genug Sektierergrüppchen gegründet worden, die in ihrer Attraktivität weit hinter der "Kampagne für Abrüstung" herhinken. Das sind, nicht ganz außen betrachtet, die Probleme des Ostermarsches in der augenblicklichen Lage. Mit kommunistischer Unterwanderung und Verfassungsleindlichkeit und so, das ist die Naivität von Verfassungsschutz-Männern, die, selbst im Faschismus angelernt, sich eine "Staatszersetzung" nicht anders vorstellen können als von KP-Zellen ausgehend.Darum suchen sie auch immer an der falschen Stelle nach denen, die "unsere freiheitliche Grund-ordnung" unterwandern wollen. Die KPD und die SED-Infilitration kann das schon lange nicht mehr. Wenn hier jemand "unterwandert", dann mehr. Wenn hier jemand "unterwandert ist es eine permanent entstehende und sich selbst oft genug äußerst unklare politische Op-position, die sich in den letzten Jahren in Par-teikategorien nicht fassen läßt. Helmut Spang





Zu 2/1967, Selle 3 ff, "Drachensaat" Sehr geehrle Herreni

Zu 2/1967, Selle 3 H., Drachensaat"
Sehr geehrt Herren!
Wenn der "krilische Denker im Spätbürgerium", der kritisch die Zeitung lest", sprich ihr Autor von "Drachensaat", sich über China und das, was man summarisch als Kulturrevolution bezeichnet, flübert, so kann man bereits nach Lesen der ersten Abschnitte berechtigte Zweile an einer wirklich kritischen Haltung des Schreibers hegen. Die angelühren Mao-Zilate verdlenen Keineswegs eine so hohe Bedeutung wie Herr Bärmann linen gerne unterstellen möchte, sie splegeln lediglich einen recht doktrinären Marxismus wider, der aber keine Neunelt Ist.

Mich würde Interessieren, wie die "wissenschaltliche Analyse" die "gründliche Analyse der geseilschaftlichen Verhältnisse Chinas" aussteht, nach deren Ergebnis ein Urteil über antagonistische" und "nicht-antagonistische Widersprüche" zustande kommt, ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit der entsprechenden "Methoden" zur Lösung der Widersprüche. In der Tai für besonders gelstreich halte ich diese Sätze Maos nicht. Das muß ich sagen, obwohl mich nun das harte Urteil des Herm Bämann tiffit: "So schützt er sich dam teller sich den historischen Anspruch des Sezialismus konfronteren zu müssen."

tieren zu mussen."
Mao soll zwar ein "Tabu des dogmeilschen Marxismus durchbrochen" haben, aber seine Zitate scheinen ehet das Gegentell zu beweisen. Da isj nämlich zu ott die Rede von "Gesetzen", von "eilerfundamentalsten Gestzen", von "eilerfundamentalsten Gestzen", von "Gesetzmäßigkeit der Aubenweit" der "objektiven Lage"eic. "Bemerkenswert scheint allerdings, daß "das Denken der Menschen" inleit, "mil der Eni-wicklung der objektiven Lage Schrift hält".

Hat der Leser sich nun die Ausführungen des "kriti-schen Denkers" zu Herzen genommen, wird er doch bald stutzig, denn nach zwei weiteren Zitaten Maos

bracht..."
Der Autor wird seine Gründe haben, wenn er um nähere Einzelheiten und Hintergründe über die "Kultur-revolution" vorenhält. "Das theorelische Vorverständnis der intilatoren dieser "Revolution neuen Typs", welches uns im Vorwort verheißen wurde, wird keinesfalls mit Maos "Widersprüche"-Zilaton gegeben. Die belgefülgten Erläuterungen, mit Agliprop-Stereolypen und Schlag-

worlen versehen, würden in der "Peking Rundschau"
nicht außergewöhnlich sein, einem "krillschen Denker"
stehen sie Jedenfalls schlecht zu Gestöht. Es eel dentells
schlecht zu Gestöht. Es eel den,
und das dürfen wir im Falle von Herre Bärmann annehmen, daß man sich eins weiß mit einem "übermächtigen Geschichtsprozeß" und von vornherein den "richtigen politischen Slandpunkt hal."
Karl Messer

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE SCHUMANN U. COBET

FFM · BORSENSTR. 2-4 · TEL. 214 ?4

skräftig höffen orsams in äu-gte das r scharf sehen!" ine Art inn' ge-erbe in nkäme, erer mit diesen d ihre spüren bar für enstver-ßt. Die (Offen-Bundesonders em Mo skoster

erichtsnlicher seinem ) u. A.): nuß ich ner ge-abe, in trafverb auch ich der Hauptigerung

le G. K. Nochen

en Auslassen a hin in 166 (?? arurteilt it sehe daß in cht ver-dienst-Soldat, rechtigt Dienstne nicht rweige-

Über-en Aus-rer Ein-e Ihnen nn Sie s Strafril 1967

curteils 3 des 1 nicht miniert anwalts desae kfurter gehen-ankfurben, so leidung Catarski

lie Proenblickwande-so, das annern, ch eine rstellen Darum Stelle

GrundD und e nicht dann d sich he Op-in Par-Spang







Bovor ich die vorgebliche Funktion des "Individuums" in der "Great Society" untersuche, ist eine kurze Bestimmung (oder eher Neubestimmung) dieser Ausdrücke erforderlich. Ich beabsichtige nämlich so vorzugehen, daß ich der effizielle und eine Ausdrücke erforderlich und hebet bei der effizielle den eine lebessimming dieser Nasolucke einderhatisch beabsichtige nämlich so vorzugehen, daß ich die offiziellen und halboffiziellen ldeen und Verlautbarungen über die Great Society in Zusammenhang setze mit ihrer voraussichtlichen Realisierung und mit den herrschenden (polisischen, ökonomischen, geistigen) Bedingungen, die die Möglichkeiten ihrer Realisierung bestimmen. Wenn dieser Faktor nicht auf die Idee bezogen wird, bleibt sie bloße Rede, Werbung oder Propaganda – im besten Falle eine Feststellung von Absichten. Es gehört zur Verantwortung des Wissenschaftlers, sie ernstzunehmen, d. h. über die Worle hinauszugehen der besser noch diesseits der Worte zu bleiben, in der vorgegebenen Welt von Mächten, Kapazitäten, Tendenzen, die ihren Inhalt bestimmen. Ich beginne mit dem Begriff der Great Society wie er von Präsident Johnson dargestellt wurde. Deren wesentliche Punkte können wie folgt zusammengefaßt werden; es ist eine wie folgt zusammengefaßt werden; es ist eine Gesellschaft

- "ungezügelten Wachstums", die auf "Über-fluß und Freiheit für alle" gegründet ist und die ein "Ende der Armut und rassischen Unrechts" fordert; in der Fortschritt "Diener unserer Bedürf-
- in der Freizeit eine "willkommene Geleger in der Freizeit eine "Wilkominiere Gereger-heit zu gestalten und nachzudenken" ist, "nicht allein den Bedürfnissen des Körpers und den Forderungen des Handels, sondern auch dem Wunsch nach Schönheit und dem Verlangen nach Gemeinschaft" dient.

Verlangen nach Gemeinschaft diem.

Diesem Bild geht die Feststellung voraus, daß unsere Gesellschaft ein Ort sein könne, an dem "wir unsere Familien frei vom dunklen Schatten des Krieges und vom Mißtrauen zwischen den Völkern gründen werden". Ihm folgt eine Aulzählung der Bereiche, in denen der Aufbau der Great Society beginnen könnte, namentlich

- Neubau unserer Städte und des Transport-systems zwischen ihnen, in Übereinstim-mung mit den Bedürfnissen der ständig anwachsenden Bevölkerung,
- Wiederherstellung der verunreinigten und zerstörten Landschaften, um den "Kontakt mit der Natur" wiederzugewinnen und "America the beautiful" 1 zu beschützen,
- Verbesserung und Ausweitung der Erzie-hung und des Erziehungswesens.

Und wenn all das gelan ist, werden wir nicht das Ende des Kampfes erreicht haben, denn "vor allem ist die Great Society kein sicherer

# Das Individuum in der **Great Society**

Wir geben hier eine Rede wieder, die am 12. November 1965 gehalten wurde auf dem Arthur F. Bentley-Seminar über die Great Society, veranstaltet von der Maxwell Graduate School of Citizenship and Public Affairs in der Syracuse University. Wir danken Herrn Professor H. Marcuse und der Zeitschrift Alternatives (herausgegeben von "The Students of the independent Left of the University of California, San Diego) für die Abdruckerlaubnis.

Professor Marcuse läßt mitteilen, er betrachte den Text der Rede, die vor immerhin zwei Jahren gehalten worden ist von der heutigen Situation aus als nicht kritisch genug, weil seither die Lage weit bedrohlicher geworden sei. Dem ist von der deutschen Situation aus nichts hinzuzufügen.

(Aus dem Amerikanischen von Angela Y. Davis und David H. Wittenberg)

## **Herbert Marcuse**

Port, kein Ruheplatz, kein Endziel, keine be-endete Arbeit. Sie ist eine ständig erneuerle Herausforderung, die uns aufruft zu einem Geschick, in dem der Sinn unseres Lebens den wunderberg. Produktion unseres Lebens den wunderbaren Produkten unserer Arbeit ent-

Lassen Sie mich hier unterbrechen und meinen ersten Einwand vorbringen.

Lassen Sie mich hier unterbrechen und meinen ersten Einwand vorbringen.

Ich beginne absichtlich mit dem spekulativsten und utopischsten Aspekt, weil hier die grundlegende Richtung des Programms und seine innersten Begrenzungen am besten ersichtlich sind. Zuerst eine kleine stillistische Angelegenheit: den "Produkten unserer Arbeit" soll der Sinn unseres Lebens "entsprechen". Sollte es nicht andersherum sein? In einer freien Gesellschaft wird der Sinn des Lebens durch die freien Individuen bestimmt, die entsprechen die Produkte ihrer Arbeit bestimmen. Die Ausdrucksweise mag an sich diese Interpretation nicht ausschließen, aber im Zusammenhang des Ganzen gewinnt sie besonders Bedeutung. Warum sollte die Great and Free Society keln Huheplatz, kein sicherer Port sein? Warum sollte sie eine ständig erneuerte Herausforderung sein? Die Dynamik endlos vorwärtsfreibender Produktivität ist nicht die einer friedlichen menschlichen Gesellschaft, in der die Individuen zu sich gekommen sind und ihre eigene Menschlichkeit entfalten. Sie könnten gerade die Herausforderung des Beschützens und Bewahrens eines "sicheren Ports", eines "Ruheplatzes" annehmen, in dem Leben nicht länger mit dem Kampf ums Dasein verbracht wird. Eine solche Gesellschaft mag sehr wohl den Begriff und die Praxis des "ungezügelten Wachstums" ablehnen. Sie könnte sehr wohl ihre technische Kapazität da beschränken, wo sie die Abhängigkeit des Menschen von seinen Werkzeugen und Produkten zu verstärken droht.

und Produkten zu verstärken droht.

Sogar heute, lange vor dem Start auf dem Wege zu einer freien Gesellschaft könnte der Krieg gegen die Armut (war on poverty) statt durch Vermehrung weit wirkungsvoller eher durch eine neue Richtung der Produktion geführt werden, durch die Ausschaltung von Produktivität aus den Bereichen sozial bedingter Verschwendung, geplanten Verschleißes, Rüstung, Werbung, Manipulation. Eine Gesellschaft, die Überfluß und Freiheit in der Dynamik ungezügelten Wachstums und dauernder Herausforderung kuppelt, ist das Ideal eines Systems, das auf der Fortdauer von Mangel gründet. Es fordert mehr und mehr künstlich geschaftenen Mangel, namentlich das Bedürfnis nach immer mehr und immer neuen Überflußgütern. In einem solchen System müssen die Individuen ihr Leben im Kampf ums Dasein, vom Wettbewerb bestimmt, verbringen, und as Bedürfnis nach vermehrten Arbeitsprodukten zu befriedigen und die Arbeitsprodukten zu befriedigen und eine nill Entill Dasein, vom Wettbewerb bestimmt, verbringen, um das Bedürfins nach vermehrten Arbeitsprodukten zu befriedigen und die Arbeitsprodukten zu befriedigen und die Arbeitsprodukten werden weil sie mit Profit verkauft werden müssen. Die Profitrate wiederum hängt von der wachsenden Arbeitsproduktivität ab. Das hieße in einer weniger ideologischen Sprache Gesetz der zunehmenden Akkumulation des Kapitals. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Great Society als die stromlinienförmige und verbesserte Fortsetzung der bestehenden nicht so großen Gesellschalt – nachdem sie sich empfindlicher Stelne und Makel erfolgreich entledigt hat. Ihre Geschicklichkeit, das zu schaffen, wird vorausgesetzt. Aber der Wissenschaftler kann diese Voraussetzung nicht ohne genaue Untersuchung hinnehmen: wir verlassen die Spekulation über die Great Society und kehren zum Programm ihres Aufbaues, oder genauer ihrer Vorbereitung innerhalb der bestehenden Gesellschaft zurück.

An erster Stelle steht der Krieg gegen die Armut (war on poverty). Die kritische Literatur darüber ist bereits so umfangreich, daß ich nur

kurze Hinweise zu geben brauche. Dieser Krieg wird angeblich von der "Gesellschaft im Überfluß" gegen Armut in der "Gesellschaft im Uberfluß" gegen Armut in der "Gesellschaft im Uberfluß" geführt; es könnte sich herausstellen, daß es ein Krieg dieser Gesellschaft gegen sich selbst ist. Der tatsächliche Sieg über die Armut würde entweder Vollbeschäftigung als andauernder Normalzustand des Systems oder Arbeitslosigkeit mit einer für ein angenehmes Leben ausreichenden Unterstützung bedeuten – auch als andauernder Normalzustand des Systems. Beides ist erreichbar mit der technischen Kapazität der fortgeschrittenen Industrieschen Kapazität der fortgeschrittenen Industrie-

gesellschaft.

Der Begriff "fortgeschrittene Industriegesellschaft" muß nach seinen heutigen Hauptformen unterleilt werden: der kapitalistischen und der sozialistischen. Hier befassen wir uns nur mit jener. Der tatsächliche Sieg über die Armut wird in ihr vereitelt und "unterbunden" durch die herrschenden sozialen Institutionen. Vollbeschäftigung als andauernder Zustand schließt andauernd hohes (und mit der steigenden Produktivität andauernd steigendes) Niveau der Reallöhne ein, die nicht durch steigende Preise entwertet werden. Das käme einem Absinken der Profitrate unter die für Privatunternehmen tolerierbare Grenze gleich. Vielleicht ist es vorstellbar, daß Vollbeschäftigung erreichbar werde durch eine expandierende Kriegs- oder Vereidigungswirtschaft zusammen mit einer expandierenden Produktion von Schund, status-Symbolen, mit geplantem Verschleiß und parasitären Dienstleistungen.

Selbst wenn man die offensichtliche und präsente Gefahr einer internationalen "Katastrophe" nicht berücksichtigte, würde ein solches System Menschen hervorbringen, von denen man selbst unter Aufbietung aller Phantasie nicht erwarten dürfte, eine freie und menschiche Gesellschaft bilden zu können. Denn der Aufbau einer Great Society hängt von einem "menschlichen" Faktor ab, der kaum im Programm erscheint; vor allem der Existenz von Individuen, die in ihren Haltungen, Zielen und Bedürfnissen qualitativ verschieden sind von denen, die heute erzogen, ausgebildet und entlohnt werden: die zur Erhaltung einer auf permanente Verteidigung mobilisierte und verfrängte Aggression wirkt dem Fortschritt zu höheren Formen von Freiheit und Rationalität entgegen. Freilich bleibt nicht destruktive Vollbeschäftigung eine reale Möglichkeit: sie erfordert nicht mehr und nicht weniger als eben den im Programm des Präsidenten angedeuteten Aufbau, d. h. den Neubau der Städte, die Umstellung des Erziehungswesens. Aber eben dieses Programm erfordert die Ausschaltung der partikularen Interessen, die seiner Erfüllung im Wege stehen. Heute umfassen sie Kapital und Arbeit, Stadt- und Gemeindeinteressen, Republikaner und Demokraten. Auf diese Regierung weitgehend. Selbst wenn man die offensichtliche und prä-

Die Binsenwahrheit muß wiederholt werden: nicht allein die Größe, sondern auch die ökonomische Basis des Programms ist unvereinbar mit diesen Interessen. Die Transformation der Städte in eine menschliche Umgebung bezieht weit mehr als slum clearings mit ein. Sie bezieht die Istsächliche Auflösung der Städte zieht weit mehr als slum clearings mit ein. Sie bezieht die latsächliche Auflösung der Städte mit ein und den Neubau nach streng durchgesetzten Architekturplänen. Wenn dieser Neubau für die Bevölkerung als Ganzes unternommen würde und nicht nur für diejenigen, die zahlen können, würde er einfach unprofitabel und seine öffentliche Finanzierung würde die Abdankung einiger der mächtigsten Interessenruppen im Lande bedeuten. Es würde zum Beispiel die Einrichtung eines weitgespannten und leistungsfähigen Transportnetzes bedeuten, das private Kraftwagen als hauptsächliche Verkehrsmittel für Geschäft und Freizeit er-



College: Holthoter setzen würde – damit das Ende der Autoindustrie wie sie jetzt organisiert ist. Die "Verschönerung" der Landschaften würde die streng durchgesetzte Abschaffung aller Rektameflächen, Neonzeichen, die Reduzierung der zahlosen Tankstellen, Straßenbuden, Lärmquellen, etc. einbeziehen, die den verlangten "Kontakt mit der Natur" unmöglich gemacht haben. Generell würde Neubau (und das ist wahrscheilich am wichtigsten) die Abschaffung allen geplanten Verschleißes erfordern, der zur wesenlichen Stütze des Systems geworden ist, soweit er den notwendigen Umsatz und die rat race des Wettbewerbs garantiert.

des Wettbewerbs garantiert.

In allen diesen Punkten erscheint die Realisierung des Programms als unversöhnbar mit dem Geist der kapitalistischen Wirtschaft, und dieser Widerspruch wird am schlagendsten deutlich in dem Insistieren des Programms auf Schönheit. Hier nehmen die Wörter einen falschen Klang an, die Sprache wird die einer kommerziellen Poesie und es wirkt beinahe wie eine Erleichterung, wenn Mrs. Johnson, die ideologische Sprache fallenlassend, daran geht, die Schönheit als einen ökonomischen Aktivposten zu proklamieren: "Die Reize einer Stadt zu erhalten, ist ein grundlegender ökonomischer Aktivposten, eine Art, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Stadt, die schön ist, erbringt einen hohen Umsatz" (laut Los Angeles Times, 8. 9. 1965). 8. 9. 1965).

Ich komme nun zum "menschlichen Faktor" und ich werde das Erziehungswesen behandeln, den dritten Bereich des Neubaues. Wer sind die menschlichen Individuen, die die Great Society bilden sollen?

Sie Jehen in einer Gesellschaft, in der sie Sie leben in einer Gesellschaft, in der sie – zum Guten oder Schlechten – einem Apparat unterworfen sind, der, soweit er Produktion, Verteilung und Verbrauch, materielle und gei-stige Arbeit, Freizeit, Politik und Unterhaltung (fun) umfaßt, ihr Alltagsleben, ihre Bedürfnisse und ihr Streben bestimmt. Dieses Leben – priund ihr Streben bestimmt. Dieses Leben — privates, soziales, rationales — ist eingoschlossen in einer sehr spezifischen historischen Welt. Die Individuen, die den Großteil der Bevölkerung in der "Gesellschaft im Überfluß" ausmachen, leben in einer Welt permanenter Verteidigung und Aggression. Sie manifestiert sich im Krieg gegen die Vietcong und im Kampf gegen die Neger, im riesigen Netzwerk der Industrien und Dienstleistungsbetriebe, die für das militärische Establishment und seine Zulieferer arbeiten. Sie manifestiert sich auch in der Gewalt, die von Wissenschaft und Technologie freigesetzt und entwickelt worden ist, in "entertainment of terror and fun", das einem gefesselten Publikum zugefügt wird.

### politische bücher

## Das Recht der faulen Existenz

Theodor W. Adorno: Negative Dialektik, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., 1966, 406 Selten, DM 28.—.

i---.
Die Logik ist nicht unabhängig vom inhalt. Angesichts der Tatsache, daß in der Wirklichkeit dem bevorzugten Teil der Menschen billig ist, was dem anderen unerseichbar bielbt, wäre eine unparteilische Logik so parteilisch wie das Gesetzbuch, das für alle das gleiche ist.
Heinrich Regius

"Die Formulierung Negative Dialektik verstößt gegen die Überlieterung. Dialektik will bereits bei Platon, daß durchs Denkmittel der Negation ein Positives sich herstelle; die Figur einer Negation der Negation benannte das später prägation der Negation benannte das später prägation ihm selbst kritisierte mathematische Denken zurück, dem minus mal minus stets gleich plus gilt. Das Positive, das sich auf der neuen dialektischen Stufe herstellen soll; bleibt mit Hogels eigenem Ausdruck – abstrakt, weil es nicht der Sache entwächst, sondern einer ihr subjektiv übergestülpten Methode: dem Schematismus der Triplizität. Es bleibt abstrakt, weil es eine Vermittlung vergißt. Auf jener Negativität, durch die sie vermittelt ist, aus sich ausschließt, weil es seine Vermittlung vergißt. Auf jener Negativität aber wäre gerade zu insistlieren: erst das brächte die Sache wirklich in Bewegung. Denn sie indiziert den dialektischen Widersetzen. Soll dieser Widerspruch ausgetragen, d. h. zugleich: sollen die Gegenstände in ihrer Konkretheit erkannt werden, so wird es unumgänglich, über den Hegelschen Schematismus hinauszugehen, der den Widerspruch, als konkrete, nichtidentische sich seinem Identitätsanspruch widersetzen. Soll dieser Widerspruch ausgetragen, d. h. zugleich: sollen die Gegenstände in ihrer Konkretheit erkannt werden, so wird es unumgänglich, über den Hegelschen Schematismus hinauszugehen, der dem Widerspruch, et ausgebrochen ist, durch die zweite sogleich schlicht. Bei Hegel triumphiert Positivität, also das "was — wie fragwürdig auch immer — ist. "Demgepnüber hat unbeirre Negation ihren Ernst daran, daß sie sich nicht zur Sanktlonierung des Selenden hergibt. Die Negation der Negaton macht diese nicht negativ genug war; sonst bleibt Dialektik ... am Ende Indifferent gegen der den den den gegen der den wieder der gestemmen keastion der traditionellen.

was — Wie lagwindig duch limiter – Ist., "Oblingegenüber hat unbeirrte Negation ihren Ernst daran, daß sie sich nicht zur Sanktionierung des Selenden hergibt. Die Negation der Negation macht diese nicht rückgängig, sondern erweist, daß sie nicht negativ genug war; sonst bleibt Dialektik ... am Ende Indifferent gegen das zu Beginn Gesetzte". Negative Dialektik küre also allererst genulne, zugleich die bestimmte Negation der traditionellen. Antitraditionell wie ihr Begriff ist auch ihr Thema: "Philosophie hat, nach dem geschichlichen Stande, ihr wahres Interesse dort, wo Hegel, einig mit der Tradition, sein Desinteressement bekundete: beim Begrifflosen, Einzelnen und Besonderen; bei dem, was seit Platon als vergänglich und unerheblich abgeferligt wurde und woraut Hegel das Eilkett der aufen Existenz kiebte. Ihr Thema wären die von ihr als konlingent zur quantité négligeable degraditerten Qualitäten". Diese Insistenz auf dem mit Adorno Vertrauten nichts Neues; er kennt sle aus manchen früheren Arbeiten. "Essay als Form" etwa heißt es, dieser revoltiere "zumal gegen die seit Platon eingewurzele Doktrin, das Wechselnde, Ephemere sel der Philosophie unwürdig; gegen jenes alte Unrecht am Vergänglichen, wodurch es im Begriff nochmals verdammt wird". "Der Essay als Form" wird hier nicht ohne Grund angezogen; bedenkt man, daß der Essay Adornos wesentliches Ausdrucksmittel ist, so wird deutlich, wie sehr er dort in eigener Sache redet. Über seine vleiztlierte "mikrologische" Verfahrensweise etwa heißt es, der Essay müsse "an einem ausgewählten oder getroffenen partiellen Zug die Totalität aufleuchten lassen, ohne daß diese als gegenwärtig behauptet, die sie inhaltlich verwirt". Der Essay wäre danach die adaequate Form, dem "Begriffslosen, Einzelnen und Besonderen" zum Ausdruck zu verhellen, und es bedarf kaum noch des Hinweises auf den Satz, der Essay wäre danach die adaequate Form, dem "Begriffslosen, Einzelnen und Besonderen" eine fühe Gestalt der "Negative Dialektik dort, wo sie sich selbst vorträgt", um im "Essay als

sich genommen und beurteilt werden können. Die Disposition ist trichotomisch. Nach einer Einteitung, welche den Begriff der philosophischen Erfahrung exponiert, folgen die Teile I: "Verhältnis zur Ontologie", II: "Negative Dialektik. Begriff und Kategorien" und III! "Modeile" (mit Exkursen zu Kant, Hegel und zur Metaphysik). Schon diese Einteilung ist problematisch, Ich vermag nicht einzusehen, warum die Explikation des Begriffs einer "negativen Dialektik" mit einer Erörterung der Heideggerschen Ontologie beginnen muß. Gewiß wird diese mit negativ-dialektischen Mitteln kritisiert – aber gerade deshalb wäre der erste Teil als eines der "Modelle" zu betrachten und unter III abzuhandeln. Noch konsequenter erschiene es, wenn Adorno, da auch diese Heidegger-Arbeit Kritik an einer spezifisch deutschen Ideologie übt, sie mit dem "Jargon der Eigentlichkeit" zu einem selbständigen Heidegger-Buch zusammengefaßt hätte. Schließlich gegenontologische Bedürfnis" transparent, aus dem, zu Recht, in der "Negativen Dialektik" die Fundamentalontologie motiviert wird. Übrigens scheint gerade hier Adorno der Gefahr nicht immer zu entgehen, der er selbst den Gedanken ungeschützt; nichts verbrieft ihm, ob er hinlänglich mit der Sache sich gesättigt hat, um jenes Risiko zu überstehen". Vorab die Kritik zentraler Heideggersenlicht die Trauer um etwas nach, das "dem der Matur sich entringenden Bewußtein" "zernann"; er bezeichnet viellmehr konkret (cf. Holzweg) 36), "die Vergessenheit des Unterschiedes des Seins zum Seienden", der "ontologischen Differenz" also, welche freilich – das wäre gegen Heidegger einzuwenden – von der traditionel-en Philosophie so lange nicht reflektiert werden konnte, als sie an der Substantialität des Seins festhielt. – Solche partiellen Einwände können die prinzipielle Bedeutung dieser Heidegger-Essays freillich nicht schmälern: es finden sich in ihr brilliante Passagen, etwa die vier Seiten über die Copula, welche – wiewohl in logischem Sinn nur Moment des Urtells – von Heidegger zum reinen Apriori des Geurte

logischem Sinn nur Moment des Urteils – von Heidegger zum reinen Apriori des Geurteilten, also des Selenden, hypostasiert wird. Was jedoch dem Buch seinen Rang verleiht, sind die beiden großen Essays "Negative Dialektik. Begriff und Kategorien" sowie "Freiheit. Zur Metakritik der praktischen Vernunft", hinter denen auch die Hegel-Arbeit "Weltgeist und Naturgeschichte" an Gewicht zurücktritt, nebst den meisten "Meditationen zur Metaphysik". Radikaler als je zuvor bei Adorno drängt die Sache zu materiallstischen Konsequenzen, so daß es in Zukunft kaum mehr angeht zu sagen, seine Kritik suche "die versagten oder versteilten Bedürfnisbefriedigungen in der Sphäre der Kultur" eher... als bei den sogenannten basic needs" (Habermas. Theorie und Praxis 170 f.). Ausgangspunkt ist die Kritik am Idealismus: sein "proton pseudos... seit Fichte war, in der Bewegung der Abstraktion werde man dessen ledig, wovon abstrahiert wird". Ein Denken, das das zu Denkende aus sich ausschließt, das es mit nichts als sich selbst zu tun hat, widerspricht Jedoch seinem eigenen Begriff. Wird das erkannt, "wird der Anspruch des Subjekts kassieri, es sei das Erste,...so ist auch das nach dem Schema der traditionellen Philosophie Sekundäre nicht länger sekundär, im doppelten Sinn untergeordnet". Freilich vermag Denken, welches, der Unwahrheit am eigenen Identitätsanspruch innegeworden, das Nichtidentische zu erkennen trachtet, dessen nicht in direktem Zugriff habhaft zu werden. Es geht nur durch den Begriff hindurch: "Die Utopie der Erkennnis wäre, das Begriffslose mit Begriffen aufzutun, ohne es ihnen gleichzumen begriffliche Verstellung, durch die ben Subjektivität triumphiert, kann sie doch nunmehr als das allein Bestimmende, Konstitutive fungleren, "Die Idee eines konkreten Objekts fällt der Kritik subjektiv-auswendiger Kategorislerung und ihres Korrelats, der Fiktion eines bestimmungslos Faktischen zu". Das Objekt Ist "Kritisch herzustellen" – gegen seine theoretische Verzerrung durch Erkenntnistheorie wie gegen die reale durch den Warench

Die Buchhandlung für den Mediziner

# **JOHANNES ALT seit 1868**

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linlen 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10 Gartenstraße 134 von solchem Maß zeigen die nichtidentischen Momente sich als materiell, oder untrennbar tusioniert mit Materiellem". Die Empfindung, bei Kant eine Talsache des Bewußtseins, ist in Wirklichkeit ein Somatisches; Hegels vielztilerter "Schmerz des Negativen", Motor der Dialektik, rührt von physischem Schmerz her Das reale Leiden ist es gerade, welches die Erkenntnis in Unruhe verhält; "unglückliches Bewüßtsein ist keine verblendete Eitelkeit des Geistes sondern ihm inhärent, die einzige authenlische Würde, die er in der Trennung vom Leib empfing". Es heißt ihn ständig auf die Abschaflung des Leidens hinarbeiten: "Darum konvergiert das spezifisch Materialistische mit dem Krillschen, mit gesellschaftlich veränderner Praxis". Nachdrücklich hält Adorne an dem fest, was Horkheimer "krilische Theorie" nanne — worauf er freilich heute nicht mehr recht vertrauen zu können glaubt (cf. Brief an den S. Fischer Verlag vom 3. 6. 1965; Fischer-Almanch 79). Jene denunziere "falsche Objektivität, den Felischismus der Begriffe, durch die Reuktion auß gesellschaftliche Subjekt; falsche Subjektivität, den zuweilen bis zur Unsichtbarkeit verhälten Anspruch, was ist, sei Geist, durch den Nachweis des Betrugs, seines parasitären Unwesens ebenso wie seiner immanenten Geistleindschaft". — Parasitär in diesem Sinn Ist — wie Adorno im Kant-Essay "Freiheit zeigt — auch der Anspruch des Willens, rein autonom zu sein: nicht nur "gehen in die mit Wille und Freiheit designierten Entscheidungen ungezählte Momente der auswendigen, zumal gesellschaftlichen Realität ein" — auch das em Jirische Subjekt selbst, das jene Entscheidungen fällt, ist Moment dieser Realität, also der Heteronomie. Die Freiheit, die ihm vindiziert wird, ist ihr genaues Gegenteit: sie ist zuinnerstepressiv, wie schon die Begrifte beweisen, die im Zusammenhang mit dem kategorischen imperativ, ihrem Instrument, gebraucht werden: Gesetz, Nötigung, Achtung, Pflicht. Reale Freiheit stellt sich gerade durch das her, was nach kant unfrei macht. Humanität gebietet, der "Heteronomie" z

Selten ist seit Marx der Herrschaftsanspruch des Geistes schneidender kritisiert worden.

Kurt Jürgen Huch

### Nachbemerkung

Georg Lukács Festschrift, Luchterhand Verlag, Neuwied 1966, herausgegeben von Frank Benseler. 624 Seilten, Leinen DM 68,—, Studienausgabe DM 48,—.

Ich habe mich mitunter gewundert, warum gewisse Essays Georg Lukács' obwohl sie viel Wissenswertes enthalten, doch etwas Unbefrie-

Wissenswertes enthalten, doch etwas Unbefriedigendes an sich haben (B.Brecht).
Die Unlust bereitete der Verdacht, Lukács gehe se "um den Genuß allein". Inzwischen hat sich weniger dieser Verdacht als die Diskussion über das politischen und literarische Konzept des "kritischen Realismus" einer Streitschrift wert erwiesen, die von Partelldeologen des sztalistischen Realismus herausgebracht worden. Mehr Glückwünsche und weniger Orthodoxie enthielt eine erste Festschrift. Numehr zeigt sich aber auch in der neuesten Ehrung das Dilemma, meist kritische Einwände als Bannflüche abgetan zu haben – zum Teil mit Recht – und mit der Vermutung der bloßen "Verlegenheit" derer, die kritisch sein könnten aus der Not, eine tugendhafte Würdigung zu-

Ehrung das Dilemma, meist kritische Einwände als Bannflüche abgetan zu haben — zum Teil mit Recht — und mit der Vermutung der bloßen "Verlegenheit" derer, die kritisch sein könnten aus der Not, eine tugendhafte Würdigung zusammengebracht zu haben. Ihm zu Unrecht wurde dem Theoretiker nachposaunt, "Marx der Ästhetik" zu sein (auch Marx zu Unrecht). So stellt sich eine Sammelschrift heute auch als Versuch einer Ehrenrettung dar, die gerade wegen "Zurückweichen" (Brecht) in Klassizität und absolutes Klassenbewußtsein ihn zugleich als den einer Beförderung zur Klassizität und absolutes Klassenbewußtsein ihn zugleich als den einer Beförderung zur Klassizität anhaelegt. Ein kritischer Auchzugh hätte den, der sich als "bescheidenen Vorläufer" versteht, vielleicht mehr geehrt. Die Feierlichkeit hat einen Anlaß gegeben, über die Person hinaus, die abwelchend von anderen Ihrungen hier stark im Mittelpunkt steht, fast Legende, zu verfolgen, was vom ästhetischen Index relevant geworden seln könnte, den Lukács noch zu fassen meinte, als er schrieb, daß die "Kunst unser geschichtliches Selbstbewußtsein weckt und wachhält".

An den bekannten Verdikten scheint wenig modifiziert werden zu ein. Off wiederhoft zuch

An den bekannten Verdikten scheint wenig modifiziert worden zu sein. Oft wiederholt auch Lukács' Verurteilung des Expressionismus — sie blieb eminent politisch. Die Einwände Blochs, A. Seghers, B. Brechts zum Belspiel, die meinten, daß viele Momente ernst zu nehmen seien, mehr als Lukács dachte, hindern jetzt auch nicht die Belträger, ebenfalls einen "erhobenen Zeigefinger" (Brecht) wie Lukács zu benutzen. Zum politischen Problem trifft sicher auch zu angesichts der literarisch gebllebenen expressionistischen anarchischen "Befreiungsakte", daß die Revolution lehren solle, wer den Putsch nicht wolle. Jetzt sleht sogar

Lukács' Aktivität expressionistischer aus als die Theorie selbst je hätte erwarten können.

Die füntziger Jahre hatten noch gezeigt, wie aktuell Lukács werden konnte. Eine mehr als medlokre Streitschrift ließ erkennen, wie das erstrebte Positive und Humane in den Positivismus der Macht entschwand, der es unter anderem zugedacht war. Neuerdings herrscht historisch anmutende Stille. Die politische Problematik einer Verbrüderung von Kunstphilosophie und Politik, bis hin zur Übernahme von Funktionärsposten, legte sich an mit lebensphilosophischen Nelgungen zu klassischen Idealen von "Harmonie" und zu "prozeßhafter" Offenheit; diese war gerade auch im Politischen nicht frei von dezisionistischen Zügen — das Problem blieb, was denn nun in Literatur und Politik als humanistisch anzusprechen sei. Oder blieb nur die Frage, ob der Theoretiker als "humanistisch" zu gellen habe? Manch rühmendes Wort legt das nahe. Mittlerweile hat man dem Problem, wo denn das Zuhause zu suchen sei, abgeholfen, indem nicht das sozialistische Lager oder Budapest oder die südwestdeutsche "Philosophieschule, sondern der Luchterhand-Verlag diese Funktion scheints übernommen hat.

übernommen hat.

Erhellend zur Geschichte der Theorie wirken Beiträge in der Art G. Anders, der seine Notizen zu Döblins "Berlin Alexanderplatz" etwa 1932 schrieb. Dabei erörtert er Punkte, die Lukács meist umgangen hat zu seinen Ungunsten und zugunsten der "schöpferischen Methode", Weltanschauungskriltk oft sprachlicher Analyse vorzog um über die "Gestaltung der fetischistisch-erstarrten Erscheinungsformen" sein Urteil zu fällen im Namen des Hegelschen Spruches "das Wahre ist das Ganze". Historisierung in Ästhetik und Gesellschaftskritik wurde Lukács immer mehr zur Sache der Unmittelbarkeit, die ganze Wahrheit der Darstellung des gesellschaftlichen Gesamlprozesses fordert und direktes Aufweisen politischer "Fehler" verlangt. Das Problem liegt weniger, wie viele meinen, die ihn Revisionisten heißen oder ihn davor zu verteidigen wähnen, im Richtig oder Falsch, sondern im Differenzieren der Zusammenhänge. In einzelnen Analysen sprang Lukács oft über den eignenen oder fremden Schatten und ließ die Alternative "weitestgehende Phantastik" und "Darstellung der wesentlichen bewegenden Kräfte" mitsamt der Grundthese, der "Splegelung der Wirklichkeit zurück. Die Festschrift bietet nun sehr wenig solcher Besonderheiten, gibt eher noch Faszination wieder; sie geht zweifellos von Schriiten aus, die manches Stück Literatur und politische Philosophie heruntergeredet oder als Perspektive gelobt haben. Die Meinung, Nietzsche lenke von der Demokratie ab, haucht diesem einen gewaltigen Atem ein und animierte allzuviele, den poetischen Allotria abzusagen und politischen Biedersinn zu pflegen.

Aufsätze, zur Diskussion geschrieben, werfen zwiespältige Probleme auf. Ein sprachkritischer Ansatz verfängt sich in Ausweitung des Ideologiebegriffs auf "gesamte Praxis und Theorie zur Rechtfertigung des Dominanzanspruchs einer Klasse". Einer der merkwürdigsten Artikel ist der von R. Hochhuth, der seine dankbar aufgenommenen Mißverständnisse zu Xußerungen Adornos, besonders zur Kulturindustrie, meint wiederholen zu müssen. R. Baumgardt gab inzwischen sehr treffende Hinweise dazu, die offenbar ebenso wie andere Einwände in geradezu an Lukács erinnernder Manier noch einmal abgelehnt werden, was die verfehlte Aufregung nicht einleuchtender macht. Fatal wie solche dramatische Ehrengabe politisch noch neben sich selbst steht. Die Aufmerksamkeit, solchermaßen erregt, widerlegt eine alle Bemerkung Hans Mayers, der diesmal in Rhetorik und Propaganda einige Erscheinungen registriert, "Lukács ist seit Anbeginn seiner schriftstellerischen Laufbahn stets fleißiger gelesen als öffentlich gelobt worden". Abgesehen davon, daß mangelndes Lob auch Gründe haben kann, stimmt das Wort heute nicht mehr.

Es ist auch heute nicht damit getan, Lukács etwa zu loben als einen, der zwischen allen Stühlen und Fauteuilis sitze, bloß weil er einen Standpunkt hat. Ein Gedanke an die Folgen für theoretische Arbeit, die nicht mehr Geist-Macht Alternativen akzeptiert, wäre nicht verschwendet beim Feiern des Unermüdlichen. Vielleicht stellt sich solche Scheidung und Vereinigung als konstitutiv für die Theorie heraus, die den "Abgrund" sieht, aber "objektive Typenhaftigkeit" sich manifestieren läßt; über diesen Abgrund sinnverlassener Subjekte soll sich eine "Pontonbrücke" spannen, ein Behelf; als einer ihrer Konstrukteure versteht sich Lukács heute auch. Dieser marxistischen Verschrsregelung entspricht durchaus sein Begriff des "spontanen Materialismus" (in "Die Eigent des Asthetischen"), der kantlanisch noch einmal Spontaneität beschwörend sich behavloristisch verkleidet. Der formal absolute Anspruch wird deutlich mit der gleichzeitigen Abwertung subjektiven Widerstands. Nur P. Ludz's Beitrag berührt diese Problemalik in der Diskussion des Begriffes "demokratische Diktatur"; W. Hofmann kommt dem nahe in "Was ist Stallnismus?"

Wenige haben etwas wie die Unruhe Brechts über die Entwicklung Lukács' vermerkt, als der sagte "Ich kann im Grunde nicht glauben, daß Lukács tatsächlich für realistische Schreibweise nur ein einziges Muster... aufstellen will ...", Brecht spürle den politischen Hemmschuh solchen Realismus, der von "von transzendentaler Struktur des gestaltenden Subjekts" vague relativiert in die des Klassenbewußtseins übergangen war.

D. H. Wittenberg

## Einwände & Vorwände oder: Das Prinzip Hoffnung

DISKUS-Gespräch mit dem neuen Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Prof. Dr. Walter Rüegg

DISKUS: Magnitizenz, die Westdeutsche Rektorenkonlerenz, deren LVII. Plenarversammlung Sie zu Ihrem
neuen Präsidenten gewählt hat, stand in Frankfurt vor
einer schwierigen Aufgabe. Wenn wir einmal pauschal
resumieren durfen, so gatt es, in vier Arbeitsgruppen
einen Teil der am 14. Mai 1956 vom Wissenschaltsrat
verabschiedeten "Empfehlungen zur Neuordnung des
Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen
Lungsanweisungen für die in der WRK zusammengeschlossenen Universitäten und Hochschulen.

RÜEGG: Handlungsanweisungen kann die Rek-torenkonferenz ihren Mitgliedhochschulen nicht erteilen. Sie kann Empfehlungen aussprechen, von denen sie allerdings hofft, daß die Hoch schulen, die bei der Willensbildung mitgewirkt haben, diese Empfehlungen dann auch in Hand-lung umsetzen.

ts

lung Umsetzen.
DISKUS: Nun, gemäß der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagnen "Gliederung der Ausbildungsfunktion der
wissenschaftlichen Hochschulen" in ein allgemeinverbindliches Grund-, ein Aufbau- und ein Kontaktudium
stand ersteres zur Debatte, also – mit den Worten des
Wissenschaftsrates – "das Studium für alle Studenten,
das mit einer die Berufsfähigkeit bestätigenden Prülung abschließt". Diese abschließende Prüfung war Beratungsgegonstand des Arbeilskreises Ill. Die Arbeitsgruppen I und II erörterten Fragen der Organisation
des Grundstudiums.

RÜEGG: Wir haben uns tatsächlich mit der Ge RUEGG: Wir haben uns tatsachlich mit der Gestaltung des eigentlichen Studiums beschäftigt und in erster Linie die Anfangsphase, das heißt das Studium in den ersten vier bis fünf Semestern eingehend diskutiert, sowohl im Hinblick auf die organisatorische Gestaltung wie auch im Hinblick auf die finanziellen Konsequenzen, nachte eine Neuerdenung gegend in dieser Phawelche eine Neuordnung gerade in dieser Pha-se mit sich bringen würde.

DISKUS: Uns interessint zunächst, was wohl auch Gegenetand der Auseinandersetzungen in dem mit von ihnen geleiteten Arbeitskreis IV. Personal- und Raumbedarf", war: die unterschiedliche Vorstellung des Wissenschaltsrates und der Kultusministerkonferenz einerseits, andererseits der Rektorenkonferenz und des Hodschutverbandes über die Neugliederung des Lehrkörpers an wissenschaftlichen Hochschuten.

RÜEGG: Die Arbeitsgruppe IV hat sich in keiner Weise mit den Empfehlungen des Wissen-schaftsrates zur Gliederung des Lehrkörpers beschäftigt, sondern dieser Gegenstand bildete einen Punkt der Erörterungen in der Plenarversammlung.

versammlung.
DISKUS. Der Wissenschaftsrat und die Kullusministerkonlerenz unterteilen dualistisch in Ordinarien und in 
Kichtordinarien, wobei unter den Nichtordinarien auch 
die Oberärzte, Oberassistenten, Oberingenieure berücksichtigt werden wie auch die Wissenschaftlichen 
Assistenten. Demgegenüber ignorieren die Überlegungen der WRK, die ausschließlich den monolithischen 
Block der Habitilierten ins Auge fassen, diese genannten Gruppen wie überhaupt den nichthabilitierten Mittelbau, Mit welcher Begründung?

RÜEGG: Die Diskussion über die Gliederung des Lehrkörpers, die in der LV. Plenarversamm-lung in Mannheim geführt worden war, dort aber nicht in Form einer Empfehlung verab-schiedet wurde, sondern nur zu einem Arbeitsschiedet wurde, sondern nur zu einem Arbeitspapier geführt halte, ging darauf hinaus, daß wir nicht den scharfen Gegensatz zwischen Ordinarien und Extraordinarien neuen Stils einerseits und den Akademischen Räten und Assistenten andererseits haben wollten, sondern eine stärkere Stufung, in der auch die Dozenten die Möglichkeit haben sollten, entweder Akademische Räte zu werden oder die Sicherung des Lebenszeitbeamten zu erhalten, hen in die Kategorie der Ordinarien oder Extraordinarien hineinzukommen. Diese schon in Mannheim besprochene, aber nicht beschlossene Differenzierung wurde hier in Frankfurt sene Differenzierung wurde hier in Frankfurt nochmals aufgegriffen und von der Plenarver-sammlung in einer Entschließung verabschie-

det ... die jedoch noch nicht veröflentlicht wurde. Der Beamtenstaltus der Wissenschaftlichen Räte und Abeilungsleiter war doch schon einnal 1990, und zwar vom Wissenschaftsrat, gefordert worden, der inzwischen – wohl begründelermaßen – davon wieden ab-gekommen ist. Hat die Arbeitsgruppe IV in ihren in-tenen Beratungen nicht berücksichtigt, daß bislang vorzugsweise der Einsalz von nichthabilitierten Kräften in Grundstudium Gegenstand der Bedarfeiberlegungen war, demgegenüber ein verslärkter Einsalz von Habilitierten nicht erwogen worden ist?

RÜEGG: Der Wissenschaftsrat kennt natürlich auch die Kategorie des nichthabilitierten be-amleten Mittelbaus in Form der Akademischen Räte, aber er will die habilitierten Wissenschaft-

lichen Räte abschaffen.
DISKUS: Er will sie wieder zurückführen in außerplan-mäßige Professuren?

mäßige Professien?

RUEGG: Nein, die außerplanmäßigen Professien werden dann wahrscheinlich hinfällig werden. Nach seinen Vorstellungen soll es Ordinarien, Extraordinarien neuen Sills, das sind die bisherigen Wissenschaftlichen Räte und Professoren als Abteilungsleiter, geben, und dann soll es gleich zur Kategorie der nichthabilitierten Akademischen Räte gehen, während wir eine bessere Stufung anstreben, damit also auch die Dozenten, die natürlich auch nach wie vor beim Wissenschaftsrat Beamte auf Widerruf bleiben, aber nach einer gewissen Anzahl ... DISKUS: ... nach acht Jahren ...

RÜEGG: ... ja, entweder werden sie dann Pro-

RÜEGG: . ja, entweder werden sie dann Pro-Hucad:...ja, eniweder werden sie dann Fro-lessoren, Extraordinarien neuen Stils, oder sie scheiden aus. Und da hat die WRK, dem Vor-schlag des Hochschulverbandes folgend, be-schlossen, sich dafür einzusetzen, daß die

Kategorie der Wissenschaftlichen Räte erhalten bleibt. Jetzt haben wir eine ganze Reihe von habilitierten Akademischen Räten.

DISKUS: Die aber meist nicht den Titel "Professor" zu tragen berechtigt sind.

RÜEGG: Nein, das sind sie natürlich nicht. Und nicht nur das, sie haben auch sonst Nachteile. Sie sind nicht Hochschullehrer, sie sind weiset sind inter-inderschilderen, sie sind weisungsgebunden und sie stehen damit eigentlich noch viel schärfer unter dem schlagwortartig immer als Ordinarienuniversität bezeichneten Autoritätsverhältnis, während wir
auch hier genauso wie beim Kampf ums Hessische Hochschulgesetz den Versuch gemacht haben, diesen Gegensatz etwas aufzulockern. DISKUS: Das trifft wohl auch zu für die Studienräte im Hochschuldienst, soweit sie nicht habilitiert sind be-ziehungsweise zu außerplanmäßigen Professoren er-nannt wurden?

ziehungswelse zu außerplanmäßigen Professoren ernannt wurden?
RÜEGG: Wir haben uns Gedanken gemacht, wie man das beheben kann. Einmal quantitativ, daß man die Zahl so klein wie möglich hält, und zweitens, daß man die Möglichkeit der Durchlässigkeit bei den Studienräten nicht nur schafft, sondern auch direkt mit gewissen Anreizen versieht. Ein Studienrat, der ganz an die Universität abgeordnet wird und sich nicht habilitiert, was er eigentlich tun sollte oder wenigstens tun können müßte, der sollte nach einer bestimmten Zeit an die Schule zurückkehren, aber nicht als abgebrochener Kirchenstuhl, sondern irgendwie befördert; so könnte die früher in Deutschland und jetzt noch Immer in Frankreich und in der Schweiz so günstige Durchlässigkeit zwischen Höherer Schule und Universität vielleicht wieder eingeführt und damit der sehr bedauernswerte Gegensatz zwischen Universität und Gymnasien, insbeson-

mit der sehr bedauernswerte Gegensatz zwi-schen Universität und Gymnasien, insbeson-dere auch was die Statusfrage anbetrifft, etwas aufgelockert werden. DISKUS: Man kann aber durchaus sagen, daß diese Positionen unterprivilegiert sind, da sie auf der einen Seite keine Rechte haben innerhalb der akademischen Gramien, das heißt keinen Sitz in Fakultäten und keine Stimme und so weiter...

RÜEGG: Ganz unterprivilegiert sind sie nicht. RUEGG: Ganz unterprivilegiert sind sie nicht. Sie haben ihre Vertretung auch in den verschiedenen akademischen Gremien, nach dem Hessischen Hochschulgesetz nämlich die gleiche Vertretung wie die Assistenten. Aber sie haben keine Hochschullehrerrechte, und vor allem haben sie nicht die den Habilitierten zustehende Freiheit der akademischen Lehre und Forschung. schung

schung.
DISKUS: Sie zeiglen soeben die Nachteile dieser nichthabilitierten Gruppe in bezug auf die Lehrfreiheit und
das Vertretungsrecht auf, ganz zu schweigen von finanziellen Benachteiligungen. Trotzdem scheint man doch
gerade diese weniger attraktiven Positionen ausbauen
zu wollen und dafür sogar eine Reduktion beim Einsatz von Habilitierten ins Auge gefaßt zu haben. Wievereinbart sich im übrigen der verstärkte Einsatz von
nichthabilitierten Kräften mit der Notwendigkeit, die
Wissenschaftlichkeit der Lehrveranstaltungen anzuneben?

RÜEGG: Ich verstehe einen Teil der Frage nicht ganz. Wenn ich recht begriffen habe, so sagten Sie, man habe den Einsatz von habilitierten Kräften in der Anfangsstufe zurückgedämmt,

DISKUS: Ja, man hat doch . .

RÜEGG: Aber das ist es ja nicht, daß man ihn zurückgedämmt hat, sondern es ist der Mangel an habilitierten Kräften überhaupt, der . . .

DISKUS: Und worauf ist dieser Mangel zurückzuführen? RÜEGG: Auf den Circulus vitiosus, daß zu we-nig habilitierte Kräfte da sind. Infolgedessen müssen die Assistenten, statt die ihnen zustehende Zeit zur wissenschaftlichen Weiterarbeit nende Zeit zur wissenschaftlichen Weiterarbeit für ihre eigene Habilitationsschrift auszunützen, sich über Gebühr mit Unterrichtsaufgaben be-schäftigen und kommen damit nicht so rasch zur Habilitation, so daß wieder habilitierte Kräf-te fehlen.

te remien.

DISKUS: Den Mangel an Habilitierten führen Sie zurück auf besagten Circulus villosus. Wird dieser nicht noch mehr ausgeweiltet oder wenigstens eben nur nach unten verlagert, indem Tutoren eingesetzt werden, das heißt, daß Studenten, die an ihrer Dissertation arbeiten, nebenden auch in den Lehrbeitrieb eingeschaltet werden sollen? Wird dadurch nicht deren Promotion hinausgezögert?

RÜEGG: Das ist gewiß eine ernsthafte Frage. 

RÜEGG: ... und wenn die Organisation so gut funktioniert, daß der Doktorand nur mit einer minimalen Belastung und mit einer möglichst sinnvollen Belastung in die Lehre eingesetzt wird. Eine gewisse Lehrtätigkeit kann ihm sicher nur nützen, gerade auch, wenn man Be-dacht darauf nimmt, daß sie nicht ganz abseitig liegt zu dem, was er sonst betreibt. Dadurch können die Assistenten entlastet werden.

DISKUS: Die Assistenten hätten dann lediglich die Funktion, das Tutorenprogramm zu überwachen, während sie ihrerseits naturtlich dem Ordinarius der betreffenden Disziplin oder einem Ordinarius der Fakultat weisungsgebunden sind.

RÜEGG: Ich habe ja die Auffassung, daß der

Assistent überhaupt nicht weisungsgebunden sein sollte seinem Ordinarius gegenüber, son-dern daß die Assistenten eigentlich im ganzen Seminarsystem Funktionen ausüben und inso-fern Weisungen unterliegen. Ich stelle mir vor, daß man pro Disziplin einen Habilitierten be-auftragt, ein oder zwei Jahre das Tutorenpro-gramm zu beaufsichtigen.

DISKUS: Den Studiendekan . .

RUEGG: Ja, Sie können das Studiendekan nennen, Die Assistenten werden wahrscheinlich kaum die Lehrveranstaltungen tragen können, vielleicht je eine mit zwei Stunden pro Woche. vielleicht je eine mit zwei Stunden pro Woche.

DISKUS: Die Entschließung des Arbeitstreises I hat es
aber als netwendig ernehet, daß die Assistenten in
ber als netwendig ernehet, daß die Assistenten in
ber als eine Gester Gester der Gester Gester

RÜEGG: Wenn Sie mit "Rationalisierung" Strukturierung meinen, dann bin ich durchaus einverstanden

einverstanden.
DISKUS: Eine solche Strukturierung bedarf natürlich einer rechtlichen Absicherung. Darauf deutet auch die Entschliebung des Arbeitskreibes I hin, in der es heißt: "Die Zusammenarbeit des am Anfangsstudium eines Faches lehrend beteiligten Personenkreises bedarf einer institutionellen Form. Auf diese Weise wird die verantwortliche Beteiligung des Assistenten und des nichthabilitierten Mittelbaues an der Aufstellung der Stationen und was bedoutet, werentwortliche Form aussehen, und was bedoutet "verantwortliche Beteiligung"?

RÜEGG: Die verantwortliche Beteillgung wird HUEGG: Die verantwortliche Beteiligung wird in erster Linie durch institutionalisierte Assistentenversammlungen erfolgen. Ferner bedeutet Institutionalisierung, daß die Assistenten auch bei den Zwischenprüfungen nicht – wie das jetzt gelegentlich der Fall ist – informell die Zensuren erteilen und dann der Ordinarius die Zensuren erteilen und dann der Ordinarius die Verantwortung dafür trägt, sondern daß sie mindestens in einem bestimmten Stadium selbst die Verantwortung für die Zensuren tragen. Die Klausuren, die nicht kontrovers sind, bei denen keine ungenügende Zensur gegeben wird, werden vom Assistenten abschließend zensiert. Nur dort, wo das Schicksal des Studenten auf dem Spiel steht, also entweder das weitere Studium oder die Berechtigung, Honnef zu beziehen, soll dies der Ordinarius mit dem Assistenten zusammen verantworten.

DISKUS: Also beispielsweise auch, wenn der Student bei einer Zwischenprüfung durchfällt und nochmals geprüft werden muß, muß beim zweiten Prüfungster-

RÜEGG: Wenn der Student in der schriftlichen Prüfung durchkommt, dann ist die Sache er-ledigt. Nur wenn er in der Wiederholungsklau-sur durchfällt, wird er noch mündlich geprüft. Es soll niemand von der Universität beziehungs-

den Philosophischen Fakultäten —, daß zweitens bei manchen Fächern entsprechende Erhöhungen des Personalbestandes, sei es durch Einrichtung von Stellen oder mindestens durch Zurverfügungstellen von Sachmitteln zur Einstellung von Angestellten, notwendig sind. Wir können vielleicht mit dem einen oder anderen Programm im Wintersemester 67/68 beginnen, bei anderen wird es bis 1969 dauern.

RÜEGG: Gewiß handelt es sich hier um ein hochschuldidaktisches Problem, wie man Anfänger dazu bringen kann, daß sie, was ja der Zweck des Studiums ist, selbst wissenschaftlich zu arbeiten lernen. Eine Einebnung muß, glaube ich, in keinem Fall erfolgen; denn selbst bei gleichartigen Startbedingungen sind zwei-fellos auch Unterschiede vorhanden. Wir kön-nen und wollen doch nicht darauf hinausgehen, einen Einheitsakademiker auszubilden.

RÜEGG: Wir wollen bei der Zwischenprüfung doch nur feststellen, ob der Student zum wis-senschaftlichen Weiterstudium befähigt ist aufsenschaftlichen Weiterstudium befähigt ist aufgrund der Leistungen der ersten vier Semester, und zu diesem Zeitpunkt werden auch selbstverständlich die verschiedenen Startbedingungen berücksichtigt. Das andere Problem ist, inwieweit die Tutoren, die selbst zwar eine Abschlußprüfung schon hinter sich haben sollten, imstande sind, den recht schwierigen Unterricht in den Anfangssemestern mitzutragen. Aber da muß man sicher einen Mitteliweg finden zwischen einer reinen Schulausbildung, welche dann quasi durch Hilfslehrer getragen würde, und einem kombinierten Seminarsystem, in dem auch doktorierte Akademiker, also Assinders in dem auch doktorierte Akademiker, also Assistenten oder Akademische Räte und auch ge-legentlich – wir hoffen doch sehr bald – Habilitierte aktiv mitwirken.

DISKUS: Ein solcher "Mittelweg" wäre gewiß als Übergangsregelung zu rechtlertigen, würde er nicht die Gefahr in sich bergen, daß er die Verhältnisse ver-



WRK-Präsident Professor Dr. Walter Rüegg im Frankfurter Rektorat: "Nicht mehr Briefträger"

weise von seinem Fachstudium ausgeschlossen werden, ohne daß er die Möglichkeit einer münd-lichen Prüfung und auch der in der Empfehlung vorgesehenen Beratung durch den Fachvertreter

DISKUS: Es ist also nicht vorgesehen, daß im Rahmen einer Institutionalisierung Vertreler des Mittelbaues mit Silz und Stimme Im Senat, in der Fäkultät und anderen relevanten Gremien vertreten sind, wie das in Konstanz beispielgebend der Fall ist?

RÜEGG: In Hessen ist es durchaus vorgesehen NUEGG: IN Hessen ist es durchatus vorgesenen. DISKUS: Bis zu welchem Zeilpunkt werden sich die Universitäten auf die notwendigen Voraussetzungen der Studienreform, die Erweiterung des Mittelbaues und seine rechtlich verankerte, institutionelle Mitbeteitigung eingestellt haben? Heißt es doch in der Entschließung der II, Arbeitsgruppe, "daß die mit der Einführung der Zwischenprütung erforderliche Intensivierung des aka-demischen Unterrichts in den ersten vier Semesten einen weiteren personellen und sachlichen Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen voraussetzt".

RÜEGG: Man kann hier nicht von den Hoch-schulen sprechen, sondern nur von Fachdiszi-plinen, weil die Verhältnisse vollkommen unterschiedlich liegen. Wir haben in Hessen eine erste Konferenz mit dem Kultusminister gehabt und haben dabei festgestellt, daß die Einführung dieses neugeordneten Anfangsstudiums erstens voraussetzt, daß Zwischenprüfungstellichten erstens voraussetzt, daß Zwischenprüfungstellichten erstens voraussetzt. fungsordnungen genehmigt werden, dort wo sie noch nicht existieren - zum Beispiel bei

festigt, deretwegen er beschritten werden muß, daß also eine langfristige Verbesserung der Habilitations-bedingungen hinausgeschoben wird, daß letzlich der Mangel an habilitierten und qualifizierten Lehrkrätten incht mit dem notwendigen Nachdruck behoben wirde.

nicht mit dem notwendigen Nachdruck behoben wird. RÜEGG: Wir sind der Meinung, daß, wie aus Ihrer Frage ja hervorgeht, die Wissenschaftlichkeit auch des Anfängerstudiums nur gesichert werden kann, wenn Leute, die am wissenschaftlichen Forschungsprozeß aktiv teilnehmen, zugleich auch den entsprechenden Unterricht erteilen und die Studenten dazu anleiten, selbst wissenschaftlich zu arbeiten. Wir haben uns aus diesem Grunde einmal dagegen gewandt, daß das Anfängerstudium nur dem nichthabilitierten Mittelbau, das heißt einer Kategorle von Lebenszeitbeamten übertragen wird, die zwar in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit die zwar in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit noch recht nahe an der Wissenschaft sind, aber doch in der Gelahr stehen, daß, je älter sie werden, sie um so eher auf dem Wissens- und Forschungsstand ihrer Studienzeit zurückbleiben, was ja nicht zu verantworten wäre.

Den, was ja nicht zu Verantworten ware. DisKUs: Das wird auch in der Entschließung I zum Ausdruck gebracht, wo es heißt: "Das Studium vor der Zwischenprüfung bedarf der Mitwirkung der Lehrstuhl-Inhaber in den verschiedenen Formen des Unterrichts." Praktisch soll das darauf hinauslaufen, daß die großen Anlängervorlesungen von den Ordinarien gehalten werden.

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

RÜEGG: Ja, wobei es mit der Zeit doch hoffent-lich so weit kommt, daß die Vorlesung nicht mehr nur eine Rekapitulation von dem ist, was man im Buch lesen kann, sondern eine Pro-blemvorlesung, die begleitet werden soll durch Diskussionen. Das sind aber hochschuldidak-tische Problem die nicht er werde 18-18-18 tische Probleme, die nicht so rasch gelöst wer-

tische Propiente,
den Können.
DISKUS: Und die bislang doch nur sehr vereinzeit in
Angrilf genommen wurden. Berücksichtigt werden müßten dabei besonders auch, vie schon gesagt, die abweichenden Sozialisierungsprozesse

RUEGG: Sie werden sich nie ganz ausgleichen lassen, das ist ganz klar. Man kann also nur versuchen, daß diese Verschiedenheiten keine negativen Auswirkungen haben. Ob es sich dann als zweckmäßig erweist, was ich didaktisch und pädagogisch für ganz falsch halte, daß man die Gruppen entsprechend den Unterschieden in der Vorbildung einteilt...
DISKUS: Also Außau- und Förderkurse wie In den Schulen eingerichtet werden.

RÜEGG: Wenn die Gruppen klein sind, wird auch der, der von einer anderen Schule herkommt, von sich aus alles tun, um mit den anderen, die vielleicht elwas weiter voran sind, möglichst mitzukommen. Und es werden sich dabei viel stärkere horizontale Verbindungen ergeben, so daß die Studenten sich gegenseitig fördern ... DISKUS: ... notwendig ergänzt durch Einzelberatung durch verstärkte Studentenberatung.

RÜEGG: Das kommt hinzu; freilich bleibt dies das allergrößte Problem, bis die zahlenmäßige Relation zwischen Studenten und Dozenten verbessert wird. Wie jeder Student regelmäßig durch ein Mitglied des Lehrkörpers beraten werden soll, ist bei der jetzigen Besetzung des Lehrkörpers nicht einzusehen. Deshalb hoffen wir, daß als erster Schritt, eben über diese Arwir, dab als erster Schritt, eben über diese Ar-beitsgruppen eine vielleicht größere Freiestzung des Professors bewirkt wird — was zwar zu-nächst noch nicht so aussieht, denn die Zwi-schenprüfungen werden ja die meisten Pro-fessoren an den meisten Fakultäten stark beanspruchen, aber vielleicht doch auf lange Sicht gesehen Entlastung bringen. Dann ist auch die Möglichkeit einer stärkeren Kontaktnahme mit

Möglichkeit einer stärkeren Kontaktnahme mit den Studenten gegeben.

DISKUS: Eine Freisetzung der Professoren würde auch rerücht wenn, wie in der Entschließungsvorlage des Arbeit, wenn, wie in der Entschließungsvorlage des Arbeit, wenn, wie in der Entschließungsvorlage des Arbeitsbestein und Kenten des Arbeitsbestein der Stellen in der Reichten und Kenten isse je nach den Bedingungen der Fächer abschliebend feststellen" darf, Dieser Vorschalag des Arbeitskreises, die Zwischenprüfung nach dem Drop-out-System als Fäckulfäsprüfung zu funktionalisieren, werde von der LVII. Plenarversammlung jedoch abgelehnt. Mit welchen Argumenten?

RÜEGG: Das ist von Fach zu Fach, von Fakultät zu Fakultät ganz verschieden. In einigen Fä-chern hat man diese abschließende Zwischen-prüfung bereits eingeführt, allerdings damit schlechte Erfahrungen gemacht, sobald man gewisse schwierige Fächer vorher abgeprüft hat, weil sich nämlich die Studenten dann ganz usschließlich auf diese Fächer des sied be ausschließlich auf diese Fächer – das sind ja meistens Nebenfächer – konzentriert und das eigenfliche Hauptstudium von Anfang an ver-nachlässigt haben. Man muß daher vorsichtig dosieren zwischen solchen abzuwählenden Fä-chern und den Grundstudien.

Chern und den Grundstudien.

DISKUS: Uns schlen nun, daß nicht nur durch die Einselzung didaklisch nicht hinroichend qualifizierter Lehrepresonen eine Verschärfung der Ungleichbeit unter den Studenten der ersten vier Semester eintritt, sondern bense sind diejenigen Anlangsstudenten benachteiligt, die ihr Studium durch Werkarbeit finanzieren müssen, und diejenigen, die sich in den gewählten Organen der Studentenschaft politisch betätigen und dafür ein otwerdige Zeit aufbriggen müssen. Wurden solche Einwände berücksichtigt oder wenigstens diskutlert?

Einwände berucksichtigt oder wenigstens diskutierr RÜEGG: Die Frage der Anrechenfähigkeit von solchen Betätigungen in der studentischen Seibstverwaltung wurde tatsächlich für den er-sten Abschnitt des Studiums nicht gestellt. Man ist der Auffassung, daß der Normalstudent, und ich meine, auf den zielte ja in erster Linie die Reform, sich in den ersten vier Semestern wirklich konzentrieren muß auf sein Studium. wirklich konzentrieren muß auf sein Studium Wenn ein hochbegabter Student daneben noch akademische Selbstverwaltung macht, so wird er bestimmt imstande sein, diese Zwischenprüfung zu bestehen, die sich rein erfahrungsmäßig – wie man jetzt schon an den Zwischenprüfungen feststellen kann – nicht am oberen Niveau einpendelt, sondern recht tief.

Niveau einpendeit, sondern recht tief.
DISKUS: Dem ist entgegenzuhalten, da politische Bitätigung nicht Privileg von hochbegebten Studente sein kann und der Normalstudent in der zweiten Phase des ellgemeinen Studiums vermutlich sehr vie stärker belastet let, so das politische Betätigung dan noch viel weniger möglich sein wird.

RÜEGG: Das würde ich ernsthaft bestreiten. Erstens aus meiner eigenen Erfahrung, zweitens sehe ich nicht, wieso die zweite Phase stärker belastet sein soll; denn wenn wir diese Straffung so durchführen wie geplant, wird der Student meines Erachtens, was das rein Examenmäßige betrifft, weniger Schwierigkeiten haben, weil er dieses besondere examensmäßige Prüfen und Überprüftwerden in der Zwischenprüfung geübt hat und einen Teil der Fächer, wenn auch nicht abgewählt, so doch vorgewählt hat, so daß da die Differenz zwischen Zwischenprüfung und Hauptprüfung kleiner sein wirdlich bin also überzeugt, daß eine politische Betätigung möglich sein sollte, umso eher, weil man ja – und ich meine, das ist vielleicht etwas, was man betonen muß – mit diesem Studium nicht schon den Nachweis einer wissenschaftlich selbständigen Leistung erbringen RÜEGG: Das würde ich ernsthaft bestreiten senschaftlich seibständigen Leistung erbringen soll, also keine Dissertation und auch keine dissertationsähnliche Diplomarbeit. Man soll an einer seibständigen Arbeit, die man dann Di-plomarbeit nennen kann...

DISKUS: Das heißt also, es können gute Seminararbeiten oder Hausarbeiten als Diplomarbeit angerechne werden.

that we will be a water of the property.

RÜEGG: Ja ob sie nun wirklich angerechnet werden im Einzelfall, das wird jede Fakultät und jede Prüfungsordnung verschieden beurtellen. Aber ich würde meinen, qualitativ wird eine Diplomarbeit einer guten Seminararbeit, die ja melstens auch eine dreimonatige Vor-bereitung erfordert, ungefähr gleich sein.

DISKUS: Würden Sie soweit gehen zu sagen, daß sich damit die Tendenz einer Diskrepanz zwischen For-schung und Lehre abzeichnet?

RÜEGG: Ob man von einer Diskrepanz spreriucidi: Ob man von einer Diskrepanz spre-chen kann, frage Ich mich. Der Anstoß dieser ganzen Reformbemühungen, die die Westdeut-sche Rektorenkonferenz schon seit langem in verschiedenen Plenarversammlungen immer wieder angepackt hat, war – und das wird ja auch explizit in den Empfehlungen des Wissen-schaftsrates gegeatt. schaftsrates gesagt –, daß leider insofern kei-ne Diskrepanz besteht, als weder die Lehre noch die Forschung in den meisten Fakultäten so gut betrieben werden können, wie sie ei-gentlich betrieben werden sollten.

DISKUS: Wir meinen, daß eine Diskrepanz entstande sein oder entstehen könnte, weil die Abschlußprütun vom Wissenschaltsrat eine die Berutsfähigkeit bestät gende Prüfung genannt wird, also das obligatorisch Studium für alle Studenten lernab vom Prozeß der For schung in einer Art Paukgang – vier Semester zur Wissenschrapfürung, vier Semester zur Wierden soll.

RÜEGG: Es wird die Berufsfähigkeit durch die Prüfung bestätigt. Eine akademische Berufs-fähigkeit schließt selbstverständlich die Fähigkeit zur wissenschaftlichen Behandlung vor irgendwelchen Problemen in sich. Der bishe rige Charakter der deutschen Inisch. Der bishe-rige Charakter der deutschen Universitäten würde nur dann geändert werden, wenn wir statt einer Abschlußprüfung für ein akademi-sches und das heißt auf der Wechselwirkung von Lehre und Forschung beruhendes Studium eine Eingangsprüfung zu ganz bestimmten Be-rufen einrichten wollten.

rufen einrichten wollten.
DISKUS: In der Beschlüßvorlage der Arbeitsgruppe II war die "Mitwirkung von Prüfern aus praktischen Betufen in angemessenem Umfang" vorgesehen. Dieser Passus, der unsere eben geäußerten Bedenken stützt, erscheint nicht in der von der Plenarversammlung gebilligten und veröffentlichten Entschleßung. Etwa aus Scheu, mit offenen Karten zu spielen?
RÜEGG: Die Beteiligung von Praktikern an akademischen Abschlußprüfungen ist in der Plenarversammlung nur deshalb diskutiert worden, well es einzelne Prüfungen, nämlich Staatsprüfungen gibt, in denen die Praktiker beteiligt sind. Der erwähnte Passus wollte diese Beteiligung einschränken. Wir haben ihn beteiligt sind. Der erwähnte Passus wollte die-se Beteiligung einschränken. Wir haben Ihn herausgestrichen, weil der Wissenschaftsrat selbst empfiehlt, daß auch die Staatsprüfungen als akademische Prüfungen gehandhabt wer-den sollten und daß die Prüfungen von den Lehrstuhlinhabern, das heißt von den akade-mischen Eachwartrater abeaussens wieden. mischen Fachvertretern abgenommen werden sollten.

Soillen.

DISKUS: In den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ist zwar vom "freieren Studium in der zweiten Phasodie Rede, und es wird behauptet, "die stenste stenste stenste werden und des Studiums und die am Ausbildungste orientierende Begrenzung der Studieninhalte werden die Studenten in die Lage versetzen, an der Forschungsarbeit ihrer Lehrer teilzunehmen". Wie aber Soil das realisiert werden?

soll das realisiert werden?
RÜEGG: Die Realisierung erheischt, daß die
Studenten, wie das eben in der traditionellen
Humboldt-Universität noch möglich war, in
kleinen Seminaren, deren Teilnehmerzahl beschränkt wird auf 20 bis 30 und die dementsprechend vermehrt werden müssen, an der
Forschung des Lehrers teilnehmen. Die Seminare sollen auch zahlenmäßig noch erhöht sprechend vermehrt werden müssen, an der Forschung des Lehrers teilnehmen. Die Seminare sollen auch zahlenmäßig noch erhöht werden, und in der Hinsicht hat der Wissenschaftsrat auch Personalüberlegungen angestellt, die wir uns dann auch selbst zu eigen gemacht beziehungsweise übertragen haben. Zugleich kann man sagen, daß diese Betelligung der Studenten am Seminar doch eine viel größere Freiheit impliziert, denn da soll er ja weniger als in den Anfängerübungen ganz bestimmte Methoden erlernen, sondern er soll an Irgendelnem Forschungsgegenstand des Professors selbständig mitwirken. DISKUS: Die Bedarfsleststellung der notwendigen habitilierten Lehrkräfte, die solche Seminare leiten können, hängl auch ab von dem für die einzelnen Diszipliane vorgesehnen Lehrsloff. Hat sich die WRK in soll eine Neudefinition des sollen wientweiter Kriterien soll eine Neudefinition des sollen welchen Kriterien soll eine Neudefinition des sollen welchen Kriterien den Kriterien erfolgen? Delemisch gefragt erweitigs den Betrafshijkeit, das heißt, orientiert an den neuestsfähigkeit, das heißt, orientiert an den schalt vor den schungen den kriterten den kriterten den kriterten den kriterten den kriterten de

nen Bedartsvorstellungen?
RÜEGG: Die Fragestellung zeigt eigentlich schon, daß dieses Problem gar nicht von der Westdeutschen Rektorenkonferenz behandelt werden kann. Die WRK hat gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz eine Kommission eingestatt die zur Aufgebaten. gesetzt, die zur Aufgabe hat, Rahmenprüfungs gesetzt, die zur Aufgabe hat, Rahmenprüfungs-ordnungen auszuarbeiten, die nicht nur der Freizügigkeit des Studiums innerhalb von Deutschland oder der Bundesrepublik dienen sollen, sondern gleichzeitig auch die Reform-bestrebungen in institutionelle Formen hinein-gleßen sollen. Und dort wird nun schon seit einiger Zeit daran gearbeitet, nicht nur die Zwischenprüfungen oder Vordiplome, sondern auch die Schlußprüfungen derart in den An-forderungen zu konzentrieren und zu begren-zen, daß ein wissenschaftliches Studium er-möglicht wird, das von vornherein nicht auf besondere Berulseignungen hinzielt.

besondere Berufseignungen hinzielt.
DISKUS: Entscheidend ist aber doch die Frage: Nach
welchen Kriterien wird "entrümpelt"?

welchen Kriterien wird "entrümpell"? RÜEGG: Diese Prüfungsordnungen gehen zu-nächst darauf aus, die Prüfungsfächerzahl zu verkleinern. Es wird darüber hinaus versucht, das, was der Wissenschaftsrat "Exemplarische Prüfung" nennt, mindestens zu ermöglichen. DISKUS: Nun sind den Plänen des Wilssenschaltsrates zur Straffung des Studienablaufs solche von studenti-scher Selle vorausgegangen, die eine Sicherung der Studienfreiheit und der Chancengleichheit gewahrt wis-sen wollten. In jüngster Zoli Ist es daher zu heitigen

Protesten und hochschulpolitischen Aktionen gekommen, weil der Eindruck entstanden ist, daß der erhöhte, auf die Universität ausgebibt Loistungsdruck auf die Studentenschaft abgewätzt werden soll. Wurde bei der WRK-Plenarversammlung über diese Protestaktionen der Studentenschaft gesprochen, und wie sollen beziehungsweise werden die Universitäten ihnen begegziehungsweise werden die Versiehungsweise werden der Versiehungsweise werden die Versiehungsweise werden die Versiehungsweise werden die Versiehungsweise werden die Versiehungsweise werden der Versiehungsweise werden

RÜEGG: Wir haben seit längerer Zeit den Mi-nisterien gegenüber klarzumachen versucht, daß eine pädagogische Einrichtung auch ge-wisse Größenverhältnisse respektieren muß. In diesem Sinne hatte ja bereits der Wissen-schaftsrat 1960 neue Richtzahlen festgelegt, um das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Studenten zu verbessern. Die Schwierigkeiten sind dadurch entstanden, daß sich gleichzeitig mit der Erhöhung des Lehrkörpers auch die Studentenzblen erstellt erhöht betweiten Studentenzahlen so stark erhöht haben, daß das numerische Verhältnis sich erstens nicht verbessert hat; und zweitens konnten, weil das alles recht stürmisch ging, auch die notwendigen Strukturverbesserungen nicht erreicht werden, Ich zweiße nicht daran, daß der Leistungsden. int zwein incht daran, das der Leistungs-druck, der ja jetzt auch schon da ist, aber nicht durch Strukturen aufgefangen wird, sondern mit dem ganzen Gewicht auf eine atomisierte Studentenschaft fällt, in Zukunft — wie es ja die Aufgabe von Strukturen ist — durch diese aufgefangen werden wird.

gelängen werden wird.

DISKUS: Worin sehen nun Sie als neugowählter Ptäsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz die vordringlichen Aufgaben während der kommenden Amsperiode? Wie beutrellen Sie die Chancen, den hochschulpolitischen Intentionen und den Entschließungen der WRK als – wie es in der WRK-Informationsschrift heißt – dem "Dolmetsch zwischen Universität und Gesellschaft" mehr Geltung und Gewicht in der Öffentlichkeit zu verschaften? Und sehen Sie eine Möglichseit, den Entschließungen der Plenarversammlung künftig zu einer größeren Verbindlichkeit bei den Mitgliedshochschulen zu verhellen, oder we sehen Sie Schwerzigkeiten rechtlich-institutioneller Art?

rigkellen rechtlich-institutioneller Art?

RÜEGG: Was Sie zum Schluß erwähnt haben, schneidet das Problem der direkten oder repräsentativen Demokratie an: die WRK funktioniert, wenn man so will, wie eine mittelaterliche Landgemeinde; jede Empfehlung kommt so zustande, daß sämtliche Mitglieder der Fakultäten sich dazu äußern, und dann, wenn sie endlich auf der Bundesebene angelangt ist, geht sie wieder zurück und wird erneut diskultert. Dieses Verfahren kann in einer modernen Gesellschaft überhaupt nicht mehr funktlonie-Gesellschaft überhaupt nicht mehr funktionie desenschaft überhabt, nicht mehr truktlonie-ren. Wieweit man bereit ist, Kompetenzen zu delegieren auf gewählte Vertreter, das ist sicher auch die Schicksalsfrage – ich meine, nicht nur der Politik, wo man ja entsprechende Mecha-nismen gefunden hat, sondern auch bei sol-chen Selbstverwaltungsgremien wie der WRK. chen Selbstverwaltungsgremien wie der WRK. In den letzten zwei, drei Plenarversammlungen ist da eine ganz entschiedene Änderung erfolgt: die Rektoren betrachten sich nicht einfach als Briefträger und als Sprecher einer vorher eingeholten Meinung, sondern sie wagen es, aufgrund ihrer Einschätzung der Situation, auch in ihren Hochschulen gewisse Entscheidungen zu fällen, und riskieren es eben, sich vor ihren Senaten verantworten und unter Umständen die Konsequenzen ziehen zu müssen. Die größte Aufgabe besteht darin, daß neben den immer stärker werdenden Verwaltungsgremien, vor allem von staatlicher Seite, wozu is den immer starker werdenden Verwaltungsgremien, vor allem von staatlicher Seite, wozu ja
auch der Wissenschaftsrat sehr stark mitzählt,
die Selbsterwaltungskörperschaft, das ist die
WRK, auch ein politisches Gewicht bekommt.
Das bedarf einer inneren Reform schon in der
Exekutive. Wir haben sie bereits eingeleitet
durch die Erweiterung des Präsidialausschusses mit Referatsystem. Es bedarf auch eines
Aushaus von Zwischengreinen wie der Landere ses mit Heteratsystem. Es bedarf auch eines Ausbaus von Zwischengremien wie der Landes-rektorenkonferenzen. Das ist sicher kein ein-facher Weg. Aber wenn die Hochschulen über-haupt noch eine gewisse korporative Verant-wortung behalten und sich nicht einfach den staatlichen Zwängen ausliefern wollen, dann nuß des gescheher. muß das geschehen.

DISKUS: Hängen die Schwierigkeiten nicht auch mit der Fluktuation zusammen, daß also, solange die Rek-toren jeweils nur für eine kurzez Zolt gewählt werden, dementaprechend die Zusammensetzung der WRk stän-dig wechselt und die Zusammensetzung der WRk stän-dig wechselt und die Zusammensrbeit sich sehr viel schwieriger gestallet.

schwieriger gestaltet.

RÜEGG: Eine gewisse Kontinuität, vor allem wenn es gute Leute sind, ist sehr erwünscht. An inhaltlichen Problemen gibt es leider sehr viele. Hier muß man nach Prioritäten vorgehen. Das dringlichste ist die Studienreform, also die schrittweise Neuordnung der Hochschule von unten nach oben, wobei die Förderung des akademischen Nachwuchses und die Demokratisierung des Vorhältnisses von Jebendenverstisierung des Porhältnisses von Jebendenverstisserung des Vorhältnisses von Jebendenverstisserung des Vorhältnisses von Jebendenverstischen des Vorhältnisses von des Vorhältnisses von de akaderinschen Nachwuchses und die bemokratisierung des Verhältnisses von Lehrenden und Lernenden die eigentlichen Bedingungen dieser Reform derstellen. Als zweites müssen wir uns auseinandersetzen mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Errichtung von Schwerpunkten. Damit könnte sich eine völlige Umstrukturierung des Hochschulaufbaus von oben her ergeben. Wenn nämlich die einen Hochschulen ausgestattet werden mit ganz großen wissenschaftlichen Schwerpunkten, und die anderen müssen auf die entsprechenden Fächer ganz verzichten, dann werden sich die einen Hochschulen zu bedeutenden wissenschaftlichen Zentren entwickeln, während die anderen langsam zu Colleges herabsinken. Hier stellt sich die Frage, ob gewisse Kooperationsformen möglich sind, so daß nicht nur das Niveau der verschiedenen Hochschulen einigermaßen gleichbleibt, sondern und das ist noch tisierung des Verhältnisses von Lehrenden und maßen gleichbleibt, sondern – und das ist n viel entscheidender – daß das Reservoir viel entscheidender — daß das Reservoir von wissenschaftlichen Nachwuchskräften, das ja wegen der politischen und sozialen Struktur der Bundesrepublik sehr stark lokal bedingt ist, voll ausgeschöptt werden kann. Es ist eine noch fast wichtigere Aufgabe als die Studienreform, die Anforderungen der ütr die moderne Forschung notwendigen Schwerpunktplanung mit denjenigen einer demokratischen Wissenschafts- und Bildungspolitik zu vereinigen. DISKUS: Wir danken Ihnen für das Gespräch. Interview: Hilde Vogel und Rudolph Bauer

US: Wir danken Ihnen für das Gespräch. Interview: Hilde Vogel und Rudolph Bauer

KOMMENTAR

### Rationalisiert

Gründung und Ausbau neuer Universitäten brachte die Diskussion um Hochschulreformbrachte die Diskussion um Hochschulreform-konzeptionen erneut in Gang. Wissenschaftsrat und Kultusministerkonferenz legten weitere Gutachten vor zur Umstrukturierung des Lehr-körpers und zu einer Neudefinition des Lehr-stoffes. Aber weder der Wissenschaftsrat, die Kultusministerkonferenz noch auch die West-Kultusministerkonferenz noch auch die West-deutsche Rektorenkonferenz oder der Hoch-schulverband sind über eine rein formale Be-darfsanalyse hinausgekommen, deren markt-wirtschaftlicher Charakter deutlich wird an Vo-kabeln wie: Bildungsökonomie, Rationalisierung des Wissenschaftsbetriebes, Umstrukturierung Anpassung des Lehrangebots an die Anforde rungen der modernen Industriegesellschaft.

Dergestalt empirische Untersuchungen sind ohne Zweifel eine wichtige Voraussetzung für realistische Reformbestrebungen, sie bleiben aber solange fragwürdig, wie die Untersuchungsmethoden, das heißt, Bestimmung des Untersuchungsfeldes und Auswertung der Ergebnisse, positivistisch sich orientieren an den

bestehenden Verhältnissen. Bislang fehlt jegliches kritisches Modell einer Universität, welches reformerischen Überlegun-gen als Korrektiv dienen könnte. Stattdessen gen als Korrektiv diehen konnte. Stattdessen holt man sich dort, wo der tradierte Anspruch der Universität auf universale herrschaftsfreie Forschung allzu deutlich gefährdet scheint durch die unkontrolliert von außerakademischen Gremien übernommenen Bedarfsvorstellungen, seine Legitimation bei Humboldt oder sonst aus dem 19. Jahrhundert. Daß allerdings die Freibeit von Lehre und Forschung dings die Freiheit von Lehre und Forschung dort, wo sie durch keinerlei Inhaltliche Vorstellungen abgesichert ist, zum bloßen Aushänge schild wird, scheint man geflissentlich zu über

schild wird, scheint man geflissentlich zu übersehen.
Dieser Widerspruch läßt sich belsplelsweise
ablesen an dem Programm, durch Abbau der
Ordinariate und weitgehende Verlagerung von
Forschungs- und Lehraufträgen auf den akademischen Mittelbau optimale Arbeitsbedingungen an den Hochschulen zu schaffen. Auf den
ersten Blick scheint es sich hier um eine progressive Konzeption zu handeln, auf den zweiten wird die angestrebte Freibiet zur Belione. ten wird die angestrebte Freiheit zur Rationa ten wird die angestrebte Freineit zur Hattona-lisierung eines zementierten bürokratischen Ap-parats: Der Konflikt zwischen Ordinarien und Nichtordinarien ist lediglich verlagert auf den Mittelbau, welcher den Ordinarien zwar die Arbeit abnehmen darf, aber nach wie vor seinen Weisungen unterstellt ist.

nen weisungen untersteint ist. Die Reform wäre demnach keine qualitative sondern eine rein quantitative. Alles bleibt beim alten, nur besser verschleiert als bisher. Hilde Vogel

LSD/RCDS/SHB

### Märzenbecher

Die studentischen Politverbände der drei im Bonner Parlament vertretenen Parteien hatten im März auf Bundesebene ihre jährlichen ordentlichen Delegiertenversammlungen (DV) einberufen: der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) seine 8. DV nach Bochum, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) nach Heidelberg seine 17. DV und die 21. der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD) nach Marbach.
Wie berichtet, hatte sich Ende Januar der SHB auf einer außerordentlichen Konferenz in Duisburg eine gesamtgesellschaftliche Analyse Die studentischen Politverbände der drei im

SHB auf einer außerordentlichen Konferenz in Duisburg eine gesamtigesellschaftliche Analyse und konkrete theoretische Arbeit vorgenom-men (DISKUS 2/67 S. 6: . . . links fallenfassen). Vom LSD wurden in Marbach mit dem Deutsch-land-Memorandum 1967 und dem Aktionspro-gramm zur Wirtschafts- und Sozialpolitik ernst-zunehmende Ansätze der wissenschaftlichen Diskussion politischer Fragen vorgelegt. Und für den RCDS forderte Schönbohm in Heidel-herrt: Wann wir mit wissenschaftlichen. berg: "Wenn wir mit wissenschaftlicher Metho-de politische Phänomene untersuchen und so zu Ergebnissen kommen wollen, dann dürlen diese nicht vorher präjudiziert werden."

Nun wird sich zeigen müssen, wie deklamatorisch oder aber wichtig der RCDS sein bil-dungspolitisches Programm nimmt: die Forde-rungen nach der kulturpolitischen Rahmen-kompetenz des Bundes, nach der Volksschulreform ("Gemeinschaftsschule als Regelschule"), zum Schulfernsehen und Telekolleg, nach dynamischer Honnef-Förderung und paritätischen (I) Studienreform-Kommissionen, nach Studiengeldfreiheit; schließlich die Erarbeitung einer kritischen Studie zum Wissenschaftsräf-Gutachten vom 14, 5, 1966.

Gutachten vom 14. 5, 1966.
In den Beziehungen zwischen BRD und DDR befürwortet der RCDS Gespräche auf Ministerebene, er fordert die KPD-Zulassung (desgleichen der SHB) und spricht sich für Kontakte zur FDJ aus. Aber er schweigt zur Notstandsgesetzgebung (erwähnt allerding, sicherungen zur bestellt auf zu Bestätzelt. gen gegen innere und äußere Notstände", wo-gen gegen innere und äußere Notstände", woozu die Große Koalition in der Lage sel, als Grund, weshalb er die CDU/SPD-Regierung billigt), schweigt zu Vietnam, schweigt zur Oder/Neiße-Frage (befürwortet die Ostpolitik der Bundesregierung), schweigt zum Alleinvertretungsanspruch, schweigt zur Wirtschaftsund Sozialpolitik

und Sozialpolitik.

Nicht so SHB und LSD, die Notstandsgesetze und den Alleinvertretungsanspruch, die Staat/
Kirche-Liaison und den Vietnamkrieg ablehnen, für die Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze, für innerparteilliche Demokratie und Mitbestimmung plädieren.

## Frankfurt... Diskus in Frankfurt... Diskus in Frankfurt

### kleine chronik

Schmutzige Art

jen itz-ne, oli-

ind

rb)

ge-

zu

tu-ien

on-oli-

en, be-ar-ien

ng

en la-la-elt eit n", en. tu-en

er-uß

An der Universität Frankfurt gibt es ein "Soziologen Informationsbulletin", herausgegeben von den Soziologen der WiSo-Fakuliät. Die Pointe: man gibt Geld aus, um mit dem DISKUS Händel zu suchen, weil er Geld kostet. Dieses Geld nun werde "in besonders schmutziger Art und Weise" ausgegeben. Zum Beispiel für Illustrationen, die "unwillkürlich Assoziationen" aufdrängen. Daß die Herausgeber nicht eine Nummer "sich leisteten", sondern das, was die Redaktion macht, verantworten, daß die Studentenschaft nur zu einem Teil den DISKUS finanziert, daß einer "demokratischen Spielregel folgend" "Grundsatzinteressen — wenn vielleicht auch nur eines Teiles — der Studentenschaft "respektiert werden sollen, und damit die "Freiheit der Meinungsäußerung" — was hier gar nicht vorlag — als Aufruf zu einer schäbigen Zensur mißbraucht wird, könnte nur die dümmste Form des Unbehagens an einer kritischen Zeitung sein. Welche Freude solche "Verteidiger" des Christentums an "besonders schmutziger Art und Weise" haben, so daß kritische Darstellung sie treffen muß, zeigen zwei Seiten ihres "Bulletin" (Nr. 2), auf denen man sich ausbreitet in kindisch analer Begeisterung über einen Exkrement-Fund auf dem Universitäts-Fasching; noch weiter gehen diese Helden, wenn sie eine Zensur annehmen und gegen die Emanzipation der Frau einen dumem Witz reißen. Diese Anal-Christen sind erreichbar über das Seminar für Gesellschaftslehre.

### Bildungsforschung

Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin hat den Studiengang von 2000 Stu-denten der Universitäten Berlin, Bonn und Frankfurt untersucht.

Prankfur untersucht.

Das Ergebnis erschien als Nr. 6 der Schriftenreihe des Institutes unter dem Titel "Studienweg und Studienerfolg", bearbeitet von Gerhard Kath, Christoph Oehler und Roland Reichwein. Die Zahlen geben ein eindrucksvolles Bild von der Effektivität eines heutigen Studiums.

diums.
Nach 16 Semestern hatten ¾ der Theologen, Mediziner und Juristen ihre Abschlußprüfung abgelegt, unter den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern waren es rund 60 %, von den phil. Fächern nur etwas mehr als ⅓. Die verschiedenen Einflüsse auf das Studium wie die Herkunft der Studenten, der Studienwechsel, Heirat, Werkarbeit, wurden eingehend dargestellt. Die Autoren bemerken, daß eine künftige Hochschulreform sich nicht auf äußere Symptome beschränken darf, sondern eine eingehende Beratung der Studierenden sowie eine ausgedehnte Hochschuldidaktik notwendig sind.

#### Goethe-Tourismus

Abschreckend für Wissenschaftler ist die Lage des Freien Deutschen Hochstift in Frankfurt/M. Die Stadt kürzte den Zuschuß um etwa ein Fünftel; der U-Bahnbau verstellt den Weg zum Goethehaus, in dem ein Eldorado von 100 000 Bänden, 20 000 Handschriften, 14 000 graphischen Blättern und 400 Gemälden der Goethe-Zeit geschaffen worden ist. Die Touristen, einzige Hoffnung der darbenden Forscher, werden vermehrt ihren Goethe suchen müssen und werden ihn nicht finden. Da man bisher konsequent in den touristischen Ausbau investiert werden ihn nicht finden. Da man bisher konsequent in den touristischen Ausbau investiert hat und ein geräumiges Museum der "Goethe-Zeit" eingerichtet hat, könnte vielleicht Tourismus und Wissenschaft neuartig verbunden werden, indem die Touristen durch die wissenschaftliche Abteilung umgeleitet werden. Die Bücher werden farbenfreudig angestrichen, die Handschriften können von Hand zu Hand gehen und eine akademische Cocktailparty löst die andere ab. Goethe ist am 22. März 1832 gestorben. Tatsächlich. Lebt die Wisssenschaft davon?

#### Gewähltes

Am 23. 2. trat das neugewählle Studentenpar-lament zusammen. Es wurde bald deutlich, daß sich durch die Fachschaftsvertreter die Stimmsich durch die Fachschaftsvertreter die Stimm-gewichte der Listen etwas verschoben haben. Die AS verstärkte ihre Position von acht auf zehn Sitze; den stärksten Gewinn jedoch hatte die AGH (GEW-HSU), die drei der sechs Fach-schaftssitze erringen konnte. Da seit der Par-lamentswahl eine Kandidatin der LUM dem SDS beigetreten ist, haben sich folgende Grup-pen ergeben: von 28 Sitzen erhielten die AS 10, AGH 5, SDS 4, die übrigen Gruppen (AdM, AHP, LSD, LUM, SFP, SHB, USL) je ein oder zwei Sitze. Da zu den diversen Wahlen (AStA, Parlamentspräsidium etc.) 15 Stimmen erfor-derlich sind, konnte eine Koalition nur entwe-der mit der AS oder dem SDS gebildet werden. Hierdurch waren AdM und AHP von vornherein durch ihr Wahlprogramm festgelegt. Zünglein an der Waage spielte die USL. Die Koalition AS, AdM, AHP, USL wählte folgendermaßen: AS1A: S. Peters (Vorsitzender), R. Heller (Finanzreferent), M. H. Wolf (stv. Vorsitzender), R. İttesternat: H. Wolf (AS1A-Vors. 1961/62), D. Thelen (Parlamentspräsident 1964) und C.-M. Ringel (Parlamentspräsident 1964) und C.-M. Ringel (Parlamentspräsident 1966); Parlamentspräsident wurde V. Arneth, sein Vertreter W. Schöneberger. Bei der Wahl zum Haushalts-usschuß gab es eine Kontroverse zwischen dem AS1A-Chef Peters und SDS-Fraktionsführer Heik. Daß Heik eine Kandidatur ablehnte, bezeichnete Peters als Schikane. Bei der Abstimmung, ob über diese Außerung diskutiert werden solle, machten sich einige als Öffentlichkeit anwesende SDS-Mitglieder so lautstark bemerkbar, daß der neugewählte Parlamentspräsident einen Grund zum Abbruch der Sitzung fand. Das Erfreuliche an dieser Sitzung var zweifelsohne, daß seit Jahren wieder einmal alle Parlamentarier anwesend waren, und mal alle Parlamentarier anwesend waren, und daß die Öffentlichkeit wieder ein großes Inter-esse zeigte. Ob von diesem Parlament andere erfreuliche Dinge als Äußerlichkeiten zu be-richten sein werden, bleibt abzuwarten.

#### **kurz** notiert

Grad gemessen

Das Theater sei kultureller Gradmesser eine Das Theater sei kultureller Gradmesser einer Stadt, hat Oberbürgermeister Brundert gesagt. Was im DISKUS wohl zuerst gesagt worden war, ist nun wohl auch ohne seine Randbemerkungen durchgedrungen; das Theater Ist seit geraumer Zeit alles andere als ein kultureller Gradmesser (was immer das sein mag). Im Oktober letzten Jahres hat Buckwitz in einer Bede hestätigend geradezu. schließlich das Oktober letzten Jahres hat Buckwitz in einer Rede, bestätigend geradezu, "schließlich das Bild eines immer nur sich anpassenden Inten-danten entworfen" (FR 20. 10. 1966). Neuer-dings wird das Theater wieder unterhaltsam, da die Stadt auf der Suche nach einem Intendanten ist.

#### Programmatisch

Filme kann man nicht nur sehen, sondern in Ruhe anschauen bei den Vorführungen der Filmwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. Frankfurt/M. Der Name sollte nicht abschrecken, denn es geht weder "akademisch" noch gemütvoll zu. Solch eine Vereinigung ist eine Ergänzung zum Filmstudio, das jedenfalls diese Filme (z. B. I Basilischi, De minder gelukkige Terugkeer ...) nicht zeigt; auch wohl sein Programm anders zusammenstellt. Es handelt sich um eine Art Filmclub, dem man beitreten kann. um eine Art Filmclub, dem man beitreten kann. Da Frankfurt quasi kein Theater hat, sei der Besuch der Filmveranstaltungen angelegent-lich empfohlen.

#### Germanistischer Charme

Ein Vortrag, der allein dadurch, daß er gehalten wird, Bedeutung gewinnt, wird nicht alle Tage gehalten. Madame Marthe Robert sprach im Institut für Sozialforschung über Kafka in Frankreich. Eine so charmante und kluge Ver-Frankreich. Eine so charmante und kluge Verteterin französischer Germanistik (und gute Übersetzerin zugleich) zu hören, ist nicht oft möglich. Ihr Vortrag, der in einem Helt der Literaturzeitschrift "Akzente" in den wichtigsten Zügen abgedruckt worden war, überrasche zwar auch durch nochmalige Wiedergabe, doch ebenso durch das, was er enthielt. Je nun, solche Vorträge zeichnen sich eben durch Haltung aus und Rede. Was keine Vorhaltung zu sein braucht.

#### Wenig anziehend

Kunst in Frankfurt wird so behandelt, als ob man kein Geld hätte. Das stimmt. Aber muß man die Kunst, dle da ist, so behandeln, als ob sie keine wäre? Das Städelsche Kunstinstitut, das durch kurze Öffnungszeiten, seine Statuten und eine Ausstellung einiger Erwerbungen des Kupferstichkabinett darauf hinweist, wieviel In diesem (kaum zu Besichtigendem) gehortet worden ist, bemüht sich, die gezeigten graphischen Arbeiten durch besonders häßliche Katalogisierung und Rahmen wenig anzlehend zu machen. Geldmangel als Kunstmangel macht sich speziell in den ausgestellten Erwerbungen aus neuerer Zeit bemerkbar. Die Ausstellung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese und andere Arbeiten auch gesondert zu sehen sind. Da das Städel wohl nichts mehr in nächster Zeit wird anschaffen können, besteht Gelegenheit, einmal das Vorhandene anzuschauen. legenheit, einmal das Vorhandene anzuschauen

Gemälde entlarvte Sonntagsmaler als Mörder. Das Opfer verdorrte Im Ofen — Ein Aquarell hat den Sonntagsmaler K. H. (30) aus Göttingen in der Schweiz als Mörder überführt. Der Mann hatte sich die grauenhafte Tat "von der Seele gemalt". (Bild-Zeitung, Frankfurter Ausgabe 29. 3. 1967) Das kommt von so was. Mit Kultur ist nicht zu spaßen.

### personalien

Hansjürgen Rosenbauer, Mitbegründer und Texter des Frankfurter Studentenkabaretts "Die Freimauler", der ab Hett 4/1967 im DISKUS als Lokalmitarbeiter fungleren wird, überraschte seine Freunde und Bekannten mit Heiratsanzeigen aus Amerikas Metropole New York. Rosi', der im Sommer-Semester das letzte Programm der "Freimauler" mitauflegen wird, möchte beim DISKUS seine vor Jahren begonnene publizistische Laufbahn weiterführen.

G. W. Schellenberg, frisch gekürter VDS-Vize, verleitete seine neuen Mitarbeiter zu ungesetzlichem Tun. Gemeinsam stibitzten sie Frankfurts AStA-Maskottchen, das Nilpferd Wolfgang. Dummerweise ließ Schellenberg das edle Tier bei einer Kurzvisite in Prag stehen. So besteht die Hoffnung, daß "Wolfgang" beim nächsten CSSR-Austausch des AStA "heim Ins Reich" kommt.

Reinhold Heller, neuer AStA-Finanzer, der auf der 19. o. MV des VDS spontan zum Vorsitzen-den des Fachverbandes Frohsinn gewählt wur-de, holt sich alle 14 Tage Rat und Beistand bei Hartmut Rotter, AStA-Chef 1960/61. Zu dieser Gehirrwäsche durch seinen Verbindungsbruder fährt er extra von Frankfurt nach Köln.

Karin Rausch, Ex-AStA-Innenbossin, wurde vor inarin Hausch, Ex-Asta-Innenbossin, wurde vor den Kassenbeirat zitiert, um sich wegen der an sie bezahlten Aufwandsentschädigung zu Be-ginn ihrer Amtszeit und der Q. L.-AE zu recht-fertigen. Gegen K. Rausch lagen diesbezügliche Anträge aus der Studentenschaft vor. Nachdem Anträge aus der Studentenschaft vor. Nachdem K. Rausch zu einer Rückzahlung von DM 400,— aufgefordert worden war (Begründung: die volle AE scheint nicht gerechtlertigt zu sein) — mit 14 tägiger Bedenkzeit — und sie sich einverslanden erklärt hatte, beantragte sie drel Wochen später in aller Elle ihre Exmatrikulation, um nach Lausanne — studienhalber — weiterzuziehen, allerdings nicht ohne sich vorher noch schnell von Exfinanzer Ingo Mees ihre AE für Februar (DM 220,—) anweisen zu lassen. Die DM 400,— fragen sie? Die wird die Studentenschaft wohl bei "Werbeunkosten" buchen müssen!

Reinhard Buhlert, Alt-Pkw-Referent und angeb-

ReInhard Buhlert, Alt-Pkw-Referent und angeblicher Kfz-Sachverständiger des ASIA brauchte bei einem ASIA-Betriebsausflug mehrere Stunden und verlor dabel mehrere Wetten, bis er bemerkte, daß die Zündung des VW-Busses unterbrochen war.
Nicht genug damit: die Prüfer kürzten dazu auch noch seine Aufwandsentschädigung – sie monierten auch die überaus zahlreichen Kilometer, die Buhlert auf Kosten des ASIA abgefahren hat. Aufmerksamkeit erregte unter anderem eine Strecke von 61 km, die Buhlert zwecks Überprüfung der Kupplung eines Volkswagenbusses auf der Autobahn verbracht zu haben vorgab. Nach der obligatorischen Rüge erwartet Buhlert die gestrengen Honoratioren witend im Vorzimmer: die beanstandete Strecke resultiere in Wirklichkeit aus einer Vergnügungsfahrt zum Bowling, an der auch Mitglieder des Kassenbeirats teilgenommen hatten. Forderungen Buhlert auf Kostenbeteiligung wurden von den Herren trotzdem abgelehnt, Man hat sich inzwischen – selbstverständlich – wieder arangiert.

Klaus Michael Ringel, Krawattenmuffel und Parlamentspräsident entpuppte sich anläßlich der Rückfahrt von Prag als grandioser Schlepper, als er vergeblich versuchte, den wie üblich streikenden 2 CV von Bubu (ASIA Pkw-Referent) abzuschleppen, Nachdem er beim Anfahren schon das Abschleppseil ruiniert hatte, war er beim 2. Versuch nach dem Anspringen partout nicht zu bewegen, wieder anzuhatlen. Bubu mußte heftig hupend und blinkend mit quietschenden Bremsen durch mehrere Dörfer quietschenden Bremsen durch mehrere Dörfer hinter ihm herfahren.

Helmut Georg Isele, Professor Dr., Ordinarius für Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a. M. vollendete am 2. März sein 65. Lebensjahr Er ist vor kurzem auf vier Jahre zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und der Literativ in Mairz gewählt worden. der Akademie der Wissenschaf ratur in Mainz gewählt worden

BEHUFUNG
Martin Stern, — zuletzt Visiting Lecturer an der
Harvard University/USA — wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl
für Deutsche Philologie IV in der Philosophischen Fakultät der Johann Wolfgang GoetheUniversität in Frankfurt a. M. berufen. Stern
beschäftigt sich vor allem mit den Schriften
Hofmannsthals.

#### VERSTORBEN

VERSTORBEN
Franz-Günther Ritter von Stockert, Prof. Dr.
med., der persönliche Ordinarius für Kinderpsychiatrie, verstarb am 25. 2. 1967 im 68.
Lebensjahr. Ritter von Stockert leitete seit 1964
die Kinderpsychiatrische Abteilung der Universitätsklinik Frankfurt. Mit dem Wiener Ritter
von Stockert hat die Universität Frankfurt eine Persönlichkeit verloren, die noch als typischer
Vertreter der älteren Gelehrtengeneration galt.

### happenings

#### Zeitungskollegen

Zeitungskollegen

In Meldungen über einen aufgeklärten Anschlag auf das amerikanische Generalkonsulat in Frankfurt (eingeworfenen Fensterscheiben) wurde auch der SDS ins Gespräch gebracht (der Verband hat in einer Presseerklärung das zurückweisen können). Nun tauchte aber am 11. März in der Meldung über die Verhaltung der Steinwerfer in der FAZ der SDS auf, was vermuten ließ, die Polizei habe die Information gegeben, während in der Frankfurter Rundschau die Studentenorganisation nicht genannt worden war. Hat nun die Polizei der einen Zeitung nur mehr gesagt oder hat sie von sich aus worden war. Hat nun die Polizei der einen Zeitung nur mehr gesagt oder hat sie von sich aus mehr hinzugetan oder hat die andere von sich aus mehr weggetan? Auf jeden Fall entsprechen solche Erscheinungen der Neigung, dramatischen Rapport zu geben, um sachlich nicht differenzieren zu müssen.

Mittel

Die "Welt" brachte am 18. 3. 1967 in ihrem Teil die geistige Welt, dazu zählen Studentenangelegenheiten bei Zeitungen manchmal noch, ein übles Machwerk von Verleumdungsartikel über nordamerikanische Studenten. Höhepunkt ist die Mitteilung, einer der Anführer der Studentenunruhen – seligen Angedenkens – In Kalifornien sei nun "nach der zwangsweisen Unterbrechung seines "Studiums" im Alkoholausschank werktätig". Nun, das wäre keine Schande nach solchen Erfolgen. Wer aber noch im Gedächtnis hat, Zeitungsleser vergessen schnell, daß dieser "Anführer" selbst von Reaktionären seinerzeit zur "Eilte" gerechnet worden war, wundert sich. Der Wunschtraum der Artikelschmierers, er heißt H. Joachim Maitre, scheint wahrhaftig Rausschmiß aller Opponenten zu sein; aber der "Anführer" studiert inzwischen im Zweitstudium Physik. Daß er sich auch mal wie andere gegen "Elite"-Gedanken überhaupt wandte, wird total vergessen.

Eine der bemerkenswertesten Äußerungen in Frankfurt wurde im März von Stadtkämmerer Grünewald getan. In einer Antwort an Präsident Dietz meinte er "ES GIBT WICHTIGERES ALS DIE OPER". In Frankfurt haben Galerien und Museen, Bibliotheken und Institute kein Geld, aber Häuser für Kultur, die dann niemand bezahlt, werden propagiert oder zahlen hier Bürger, die sich ihren eigenen Bürgersinn beweisen wollen. Man wünschte sich eine unbürgerliche Kultur. liche Kultur.

Bündler

Unzweifelhaft hat die Schopenhauer-Gesellschaft zu Frankfurt am Main ihre Verdienste. Ihre Tagungen und Vortragsveranstaltungen ziehen stets noch viele Interessierte an. Welche Interessen allerdings Mitglieder der Schopenhauer-Gesellschaft von philosophischem Ressentiment und Lokalpatriotismus einmal abgesehen, verbindet, ist, nach der Mitgliederliste zu urteilen, schwer einzusehen. In einem Prospekt zu einem Buch des unermüdlichen Arthur Hübscher ist die Rede von der "Lehre des wirklichkeitsnächsten aller Philosophen". Was mag der Bund der Danziger e. V. aus Lübeck, was mag solch Kriegerverein wie Deutscher Soldatenbund Kyffhäuser e. V. – gleich dreimal vertreten – für Interessen suchen oder finden? Was mögen solche Restaurateure sagen zur gleichzeitigen Mitgliedschaft von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, Professor M. Horkheimer und Erich Kästner? In ihrem dunklen Drange zur Gewalt und Todesmystik könnte den Kriegervereinen Schopenhauer vorgeschwebt haben, vielleicht auch die reaktionäre Verteidigung seines Privatinteresses, aber es muß hnen ein höchst unzuverlässiger Geist erschienen sein. Ein höchst philosophisches Unbehagen möchte einen ankommen, bei dem Gedanken, mit Danzigbündlern und Kyffhäusern vergesellschaftet zu sein; in der Tat höchst wirklichkeitsnah.

Ein Schauspiel einmaliger Art bietet der Frank-furter Bund für Volksbildung: "Wir nagen am Hungertuch". Besichtigung ganztags.

Und als der Hahn zum dritten Mal krähte, leug-nete Kuntz sein Tun abermals, versuchte sich zu rechtfertigen und die Zeugnisse seines Tuns zu vernichten; darauf verließ er seine Freunde, um seinen Strick zu suchen. Die 30 Silberlinge

#### Noch weniger

Haben sie schon gewußt, daß es in Frankfurt keine überfüllten Straßenbahnen mehr geben kann? — Einem Gerücht zufolge, muß allen Straßenbahnbenutzern abgeraten werden, mehr als 15 cm² Standfläche zu haben. Auf soviel "Platz' nämlich soll eine jede beförderungswürdige Person versichert sein. Vorsicht also bei zu großen Füßen, ihr Nachbar darf sie ihnen abtreten!

# **Demonstration und Ordnung**

Die Büger der Bundesrepublik sind müde. De-monstrationen, Demonstrationen. Die Presse gibt dieser Stimmung Ausdruck. So liest man aus Berlin: "Studentendemonstrationen verunzierten gestern das Berliner Stadtbild." (Tele-

Bienenfleißige Journalisten bemühen sich auf-Bienenfleißige Journalisten bemühen sich aufzuklären. Sie greifen tief in ihren Farbkasten. In Hannover sah man "die rosa dunkelroten Demonstranten" (Deutsche Wochenzeitung Hannover) und man spricht von "Meuterei enttäuschter Jugend". Jugendliche, rote Studenten. Der Feind ist als Narr entlarvt. Er stört die Ruhe und Ordnung, lärmt in den Städten, trampelt auf den gepflegten Rasenflächen herum. Schon fragt man in Bonn: "Dürfen Studenten demonstrieren?" (Rhein-Zeitung)

Sorgenbeladen plagen sich Rektoren mit ihren aufsässigen Unterlanen und in Frankfurt z. B. liest man: "Rüegg bedauert" und zitiert wird der Satz des Rektors: "Ich kann nur bedauern, wenn die Studentenschaft und auch die Universität durch solche Sachen generalisierend dis-kreditiert wird."

#### Frankfurt zum Beispiel

Franklurt zum Beispiel
Schön scheint die Sonne. Vorfrühling, 11. 2.,
Franklurter Wochenendidylle. Doch auf dem
Opernplatz laufen Studenten herum, wenige
Studenten, mit vielen Flugblätten. Provos, Bürgerschreck Franklurts, die am Vorsamstag mit
14 Leuten unkonventionell gegen den Vietnamkrieg demonstrierten, stehen vor dem Cafe
Opernplatz, auch Flugblätter verteilend, nichts
ahnend, daß diese Tat sie zur Frankfurter Terrorgruppe Nr. II (hinter Kaiserstraßenschlägern,
vgl. FR 15. 2.) avancieren ließ.
Eine Kundgebung findet statt. SDS. SHB LSD.

Eine Kundgebung findet statt. SDS, SHB, LSD, Naturfreundejugend und Solidaritätsjugend als Veranstalter. Es sprechen: Harrer (SDS) und Dutschke (vom Berliner SDS, den die Springerpauscirke (voin berliner SDS, den die Springerpresse schon zum, roten Rädelstührer" machte; denn sie braucht ja ihre Helden). Später konnte man in der FR lesen, Dutschke habe aufgefordert, in die Illegalität zu gehen. Dem SDS ist zwar vieles zuzutrauen; aber daß er auf offener Straße erklärt, er wolle illegal agieren, das doch wohl nicht?!

Illegal, illegal zog man durch die Bok-kenheimer Landstraße zum Konsulat. Aller-dings, der SDS hatte nach den Reden die Kundgebung aufgelöst, ohne zur anschließen-den Demonstration aufzurufen. Aber von der inneren Logik der Sache ergriffen, marschierte man zum Konsulat.

Auch die POlizei kann denken. Blitzartig, geistesgegenwärtig halte sich vor dem Konsu-lat eine Postenkette für die Freiheit formiert. Von der schon erwähnten inneren Logik der Sache ebenfalls ergriffen, hatte die POlizei ihre besten Schützer mitgebracht, die Faust-und Gummiknüppel später auch nicht in Tasche resp. Sack ließen,

Eine Klingel ist nicht zum Klingeln da, wenn sie politisch ist, wie die des amerikanischen Konsulats. Das erfuhr ein Demonstrant, als er volusiats. Das erfunr ein Demonstrant, als er zu klingeln versuchte; man stieß ihn in die Menge zurück, die sich auf die Straße vor dem Konsulat gesetzt hatte, um – wie die Polizei schnell begriff und was man in der FR am Montag noch erfahren konntle – das Konsulat besser stürmen zu können. Die Polizei hatte sich Gedanken gemacht:

Reiterspiele, Demonstrantenjagden, veranstaltet vom Frankfurter Freund und Helfer. Eine Demonstrantin wurde vor die Hufe der Pferde geschleudert, als sie versuchte, vor den Pferden auszuweichen; denn von der anderen Seite kamen schon die pedestren Ordner. Die Politici wellte die Ekrogone äuter beiter den von der anderen Seite kamen schon die pedestren Ordner. Die Polizei wollte die Straßen säubern, nicht nur für heute, sondern für längere Zeit. Deshalb hatte man sich entschlossen, die Demonstranten einzukesseln, dann sie aufzulordern, die Straßen zu verlassen; da die Demonstranten bösartigerweise nicht Folge leisteten, mußte man den Demonstranten die Straßenverkehrschlung handfest einzuken zur den zur wild ein zur den zu den zur den zur den zur den zur den zu den z ordnung handfest einpauken und man mußte manifest demonstrieren, wie weit die Freiheit

manifest demonstrieren, wie weit die Freiheit geht weit, sie hat nicht nur ein weißes Gewand, sondern auch eine klobige Faust und gute Reiter. Einige Demonstrantin-nen(!) wurden von reitenden Polizisten in Parforcerittmanier verletzt, "Rädelsführer" wurden photographiert, wenn nötig, mit Gewalt dazu gezwungen, ein Erinnerungsbild machen zu lassen.

Die Demonstranten konnten noch einmal ent-wischen. 80 waren zum "Terror" entschlossen, wie man in der FR später nachlesen konnte. Man war so unverschämt, für politische Fragen

auf die Straße zu gehen. Da muß man doch einfach für Ordnung sorgen. Der Verkehr wureinlach für Ordnung sörgen. Der Verkenr würde freigeprügelt, Demonstranten verhaltet und
geflizt. Um 18 Uhr war der "Terror einer kleinen Minderheit", wie es von offizieller Seite hieß, beendet. Bilanz: eine schlagkräftige Frankfurter Polizei, 8 Verhaftete, mehrere Ver-letzte. Außerdem hatte sich kein Polizist so-weit erniedrigt, einem Demonstranten seine Diensteumper zu werzten. Dienstnummer zu verraten.

Dienstnummer zu verraten.

Der Polizeibericht war noch nicht fertig, schon hatte die Rundschau einen gemacht (12. 2.). Sie erzählte vom Terror der Demonstranten, von schlechtem Benehmen, von der Belästigung der Passanten, von der Lähmung des Verkehrs. Und am Montag war alles klar: die Provos – die Eingeweihte oder Fachleute entdeckt hatten – seien ah allem schuld. Flugblätter hatte man: systematisch wollten die Provos den Samstag zum "Tag der Anarchie" machen. Klar, die "Provos sind an allem schuld"; die Polizei wie die Bundschau hatte erkannt. Man Polizei wie die Rundschau hatte erkannt. Man Polizei wie die Rundschau hatte erkannt: "Man wollte die POlizei um jeden Preis provozieren" (Oberrat Jordan in der FR 14. 2. 1967), Provokateure waren am Werk. Ostkameramänner waren erkannt worden. Der Buhmann hieß Provos, von denen unglücklicherweise keiner verhaftet worden war. Man hatte alles bis an die "Grenze des Möglichen" geduldet (OB Brundert in der FR 14. 2. 1967)

Ungeheuerliche Untaten sollen Demonstranten begangen haben, die man leider nicht alle sah. Die POlizei hat Beweise. (Sowjetzonales Fern-Die POlizei hal Beweise. (Sowjetzonales Fernsehen, Flugblatt, das zur Störung der öffentlichen Ordnung aufrult, Rädelsführer seien entdeckt. Vgl. FAZ 13. 2. 1967) Nun, Rädelsführer braucht man ja immer. Es scheint in ein deutsches Beamtengehirn nicht hineinzugehen, daß die Ursachen von Unruhen nicht immer einzelne Personen sein können (die natürlich vom Osten gekauft sein müssen).

In der lolgenden Woche wurde diskutiert. Höhepunkt: die FR spricht mit dem Münchner POlizeipsychologen. Parallelen wie Schwabing wurden gebracht. Die Falschheit einer solchen Argumentation wird deutlich, wenn man ein Gedächtnis hat.

Gedächtnis hat.

Erinnerung: Dezember 1986. Wilde Demonstration gegen die Große Koalition. Verkehr blokkiert, Aufregung in der Stadt. Was tat die Polizei? Sie duldete; warum? Weil einige Herren – wie man hören konnte – selbst gegen die Große Koalition gewesen seien. Es dann aber auf die als asozial und unpolitisch deklarierten Provos abzuschieben.

Die geordnete Freiheit zu verkünden, hatten Ordnungshüter wie Oberbürgermeister sich nicht enthalten können. Noch am 25. 2. wagte Herr Brundert zu sagen, daß "in Franklurt jeder Bürger die Freiheit seiner Meinung zur Geltung bringen könne" (nach FR 25. 2. 1967). Nun, bringen könne" (nach FR 25. 2. 1967). Nun, POlizisten halten vorher schon demonstriert, wie wahr das sei. Sie halten am 13. 2. (vgl. FR 14. 2. 1967) versucht eine SDS-Wandzeitung abzureißen. Als sie über ihre Rechte, bzw. über ihr Unrecht belehrt wurden, verschwanden sie schnellstens. Zwei Tage später halten die Inhaber des Bauzauns, an denen die Plakate klebten sicherlich aus terbnischen Gründen die klebten, sicherlich aus technischen Gründen d

Inhaber des Bauzauns an denen die Plakate klebten, sicherlich aus technischen Gründen die Bauzäune abkratzen lassen und mit Autschriften "Plakate ankleben verboten" versehen. Der Tag der Anarchie. Seine Kundgebung am 18. 2. 1967 sagte der SDS ab. So blieb den Provos der Sonnabend, den die FR zum "Tag der Anarchie" (qua Veröffentlichung eines Provo-Flugblattes) erklärt hatte. (FR 14. 2. 1967). Der Terror blieb nicht aus. Zehn POlizisten in Zivil beobachteten das Vorgehen der Demonstranten, die sich vorm Cale Opermplatz den Photographen stellten, unter denen auch ein Polizist war. Die Provos hatten ihre Verteulelung mit Spaß beantwortet. Just for fun, aber das entpolitisierte leider. Der politische Wert der Forderungen: "Diensthummern für die POlizei" ging verloren, da sich die POlizei beim Spiel spielend zurückziehen konnte und in der Anonymität (Zivilbeamte) ihre notwendigen Aktionen machte. Die uniformierten Beamten hielten sich als uniformierte Kollektivität zurück. Die POlizei spielte humorvoll und holte sich damit das Mitleid der FAZ: "das war also der Tag der Anarchie, für den Dutzende POlizeibeamte den freien Samstag opfern mußten". (FAZ 20. 2. 1967)

Einmal ist auch Schluß, das hatte die FAZ be-griffen. Und der SDS erfuhr es bei seiner picketing-line gegen POlizeiterror und Vietnamkrieg, 100 Studenten hatten sich zusammenge funden, zogen mit Plakaten durch die Stadt, verursachten "jedoch zum Teil erhebliche Ver-kehrsbehinderungen" (FR 23. 2. 1967)

Am 23. 2. und 24. 2. vereinigen sich FAZ und Rundschau. Die Straßenverkehrsord

verteidigt werden. FAZ veröffentlicht mit einem verteinigt werden. FAZ verorientlicht mit einem Bravo in der Schreibe eine Erklärung des ADAC, der sich gegen das sanfte Verhalten der POlizei den Demonstranten gegenüber wendet. Die POlizei solle "hart durchgreifen", wenn der Verkehr behindert wird.

Freude bei den Demonstranten. Die Wirkung Freude bei den Demonstranten. Die Wirkung ist da, die FAZ wagt wie die FR zu scheinen, was sie ist. Demokratische Spielregeln enthält die StVO; wer nicht mitspielt (sondern: politisch handelt), muß verhauen werden. Bastian, der Freund der Freunde, liebenswür-

Basilan, der Freund der Freunde, liebenswürdiger FR-Kommentator, versucht nun auch zu vermitteln. POlizeipsychologen sollen die pathologischen Schläger und Demonstranten an einen Tisch bringen. Die Form soll nicht nur gewahrt, sondern gleich gerettet werden. Die "gemeinsame Verantwortung" (FR 23. 2, 1967) ruht nun nach altbewährtem Muster auf allen Schultern. Der Frieden, die Demonstratte wären gerettet, wenn die Demonstranten sich darauf einlassen würden, in friedlich schöner Harmonie eine Ordnung zu bestätigen, gegen die sie selbst eintreten wollen. Man forder "Toleranz (im Rahmen der Gesetze)", wie es der schon erwähnte Münchner POlizeipsychologe am 4. August 1966 (1) der Süddeutschen Zeitung erklärte. Geschickt tolerant, taktisch muß vorgegangen werden, damit die Repression einer langarmigen Ordnug nicht so deutlich wird. Herhert Marcuse schrieb

nicht so deutlich wird. Herbert Marcuse schrieb ... was heute als Toleranz verkündet und

1965, ... was heute als Toleranz verkündet und praktiziert wird, (dient) in vielen seiner wirk-samsten Manifestationen den Interessen der Unterdrückung."

Aber Faschisten sind die schwarzen Magier, die so (un)gerne rot sehen, eben nicht. Sie sind unfähig, konsequent liberale Pollit kz umachen. Es geht doch manchmal mit einem durch. Erst muß man die Provos zum Urheber der Unruhen machen. (und gleichzeitig neblische Hillster.) mus man die Provos zum Urneber der Unruhen machen (und gleichzeitig politische Hintergründe wegwischen), schon muß man über die Schwäche der Provos sich lustig machen (FR 27. 2. 1967); "Unsinn der Provokation". "Man kann ihnen wegen ihrer Dummheiten gar nicht böse sein, denn sie sind ja meist arm im Geiste und können getrost auf mildernde

Geiste und können getrost auf mildernde Umstände vertrauen." (FR 27. 2. 1967 über die Provos). Hoffentlich können auch die auf mildernde Umstände rechnen, die die Provos zu Urhebern von Studentenaktionen machten, die im Kontext zu den Demonstrationssorgen in allen deutsten von allen deutschen Universitätsstädten zu sehen

Studenten begehen Unruhen. So klingt der Te nor der Presse und so sitzt es im allgemeinen Bewußtsein. Die, die die Ruhe zu ihrem Gesetz erhoben haben, können nicht begreifen, daß die Demonstrierenden die Ruhe als schwarzen

die Demonstrierenden die Ruhe als schwarzen Vorhang betrachten, hinter dem die Herrschenden sich den Kuchen teilen. Die Unterprivillegierten gehen auf die Straßen, Studenten, Ausländer, Jugendliche. Der Kluge Kopf, der folgenden Leserbrief in der FAZ (21. 2. 1967) schrieb, kann so etwas nicht verstehen: "Was hat das junge Volk von Studenten und Studentinnen überhaupt dauernd auf den Straßen zu demonstrieren? Sie sollten sich erst mal auf ihre vier Buchstaben setzen und etwas lernen. Wenn sie statt dessen lieber auf der Straße loben wollen, müssen sie eben in Kauf nehmen, wenn sie mal in der Hecke in Kauf nehmen, wenn sie mal in der Hecke landen. Mehr Disziplin und Autorität tut drin-

gend Not in unserer Demokratie."

Noch einmal: Knüppel aus dem Sack. Bastian schreibt weiter (FR 27. 2. 1967): "Wenn sie (die Provos) allerdings ihre Ungezogenheiten und Dummheiten gegenüber Gästen der Stadt demonstrieren wollen und diese dabei belästigen des ihr Einselnen kenkelt. monstreren wollen und diese dabei belastigen oder ihr Eigentum beschädigen, dann müssen sie sich nicht wundern, wenn es hie und da Hiebe setzt." Hie und da wird man sich auch nicht wundern, wenn auch ein linker Student mal eine Kopfnuß verpaßt kriegt, denn jede politische Aktion von dieser schwammigen Begrifflichkeit aufgagnen zu Jessen ich is beisbete. lichkeit aufsaugen zu lassen, ist ein leichte:

Der Rektor, seine Magnifizenz, muß sich äußern. Der Rektor, seine Magnifizenz, muß sich äußern. Und zwar nachzulesen in FAZ (25. 2. 1967), wie schon erwähnt. Der Rektor bedauert, die Universität sei diskreditiert (durch die Störung der StVO oder durch Linksradikalinskis?). Aber orgehen, so heißt es weiter, könne man gegen die Störenfriede noch nicht, da sie noch keine Diebstähle begangen hälten. Diese komischen Kombinationen können am Verfasser des Ar-tikels gelegen haben, der den Rektor der Frankfurter Universität nur einmal wörtlich zitiert, sonst nur konjunktivisch berichtet. Der

Rektor hat sich sicher klarer ausgedrückt. Berlin und Frankfurt umarmen einander,, Universitätsverwalter, POlizisten, Springerblätter, FAZ und FR. Die Harmonie darf nicht gestört werden; denn Frankfurt z. B. läßt sich nicht von

werden; denn Frankturt z. B. laßt sich nicht von einer kleinen (sic) Minderheit terrorisieren, wie man in der Zeitung lesen kann. Doch es geht noch weiter: Ausländischen Demonstranten droht man nicht nur mit Ausweisung, man weist sie sogar aus (vgl. Hamburger Abendblatt 24. 2. 1967). In Hamburg oder auch in Frankfurt lernt man dazu. Am 4. März 1967 (vgl. FR 6. 3. 1967) miß man hei einer Straßen. (vgl. FR 6, 3, 1967) muß man bei einer Straßen-demonstration gegen die faschistischen Re-pressionen in Spanien schon wieder um aus-ländische politisch Oppositionelle fürchten.

Die Objektivität, mit der sich jetzt die unpar-teilschen Journalisten schmücken, ist schon als renschen Journalisten schribbert, is auton als parteilisch enthüllt. Wiederum Marcuse, er schrieb 1965: "Die in solcher Unparteilichkeit ausgedrückte Toleranz dient dazu, die herr-schende Intoleranz und Unterdrückung möglichst klein darzustellen oder gar freizuspre-chen." Die POlizei freut sich (und nicht nur siel): die Presse hat sich formiert. Und die Demonstranten?

wird nicht mehr lange dauern. Deren Gesicht noch nicht platt ist, denen wird es einge

### Unabhängige

In Frankfurt blieb alles beim alten: die Unabhängigen, mit Abstand geführt von der Liste 4, AS, gewannen die "Schlacht".

Es wurde viel gesprochen von neuem Wahl-modus und zunehmender Politisierung der Studentenschaft und manches geschrieben, davor und danach. Das neue Wahlsystem solle "Für die Studentenschaft das unverbrauchte Potendie Studentenschaft das unverbräuchte Poten-tial der politischen Hochschulgruppen neu er-schließen, (sie) war eine der Hauptintentionen der Satzungsreform" so H. J. Steffen, einer der Väter der neuen Satzung, im DISKUS Nr. 2/67. Doch "haben sie durch die Listenwaht zunächst Doch "haben sie durch die Listenwahl zunächst nur eine Politisierung der schon bestehenden Gruppierungen erreicht" schreibt hierzu C. R. Roth in "die tat". Die Regierungsgewalt bleibt bei den unpolitischen Listen, in "alten" Händen also, wenn diese auch "als Dekor ein paar jüngere Semester benutzen" (Roth, "die tat", 4. 3. 1967). Die Wahlbeteiligung steht mit 33,6 % auf der Höhe der früheren Persönlichkeitswahlen. Dies bestätigte keineswegs die Vorstellungen und Wünsche der Satzungsväter, sie bestätigte vielmehr die Erfahrung aus den letzten Jahren, daß stets "Unabhängige" gewählt wurden und dazu mit großem Vorsprung. dazu mit großem Vorsprung.

Man ging in diese Listenwahl mit einem wah-ren Sturm von Kandidaten auf einer Vielzahl von Listen von "radikal links" bis "extrem rechts". Aber ihnen stand ein nicht politisiertes sondern ein nach wie vor uninteressiertes Wählerpoten-tial gegenüber. Der löblichen Initiative der "Politischen' erteilte man eine herbe Absage.

Da überschreibt "die tat" ihren Artikel mit "Frankfurter Studenten stärken die Linke". Ein objektiv gesehen – reines Zweckdenken, das in der Betrachtung von C. R. Roth gipfelt …… der SDS, errang drei Sitze. Er wird der Führer der Oppelitien sein wenn ein ihr nicht der der Opposition sein, wenn es ihm nicht gar gelingt, die AS zu stürzen". Eine wahrhaft star-ke Opposition, der man während der Koal-tionsgespräche schon nachflüsterte, eine "Volks-Und mit welchen Gemeinsam

Eine Opposition, zusammengesucht aus einer Menge von Einzelstimmen vereint durch die Art der im Wahlkampf verwandten Methoden und weniger durch ideologische Bande verknüpft. Ihre Augenscheinlichste Gemeinsamkeit sind emotionellgeladene Ressentiments, vom Wähler notabene nicht honoriert. Die Rechnung der Reformer ist nicht aufgegangen, und es wäre Selbstbetrug, wollte man das Wahlergebnis als ein Phänomen des Übergangs noch den alten Krankheiten zurechnen. Es trat das ein, was H. J. Steffen in DISKUS 2/67 schon beschrieb, dennoch erwiesen die Gruppenegoismen sich als stärker, die Gemeinschaftsliste (eine auf breiter Basis stehende Mitte-Links-Koalition) scheiterte, und von den ersatzweise vorgelegten drei Listen hat keine eine reale Chance aktionstähige Mehrheiten zu erringen" und weiter "vielleicht werden sie sich auf den harten Bänken der Opposition "zusammenraufen". Eine solch "breitgebildete" Opposition halte nicht ur der Schreiber nicht voraussehen können. Eine Opposition, zusammengesucht aus einer oraussehen können

voraussehen können. Die Studentenschaft gab in ihrer überwiegenden Mehrheit einer unpolitischen, pragmatisch taktierenden Interessenvertretung den Vorzug. Dieses studentische Bewußtsein, in Grundstrukturen der gesamten Wohlstandsgesellschall wurzelnd, ist durch gutgemeinte interne Organisationsformen offensichtlich nicht zu ändern. Selbst bei einer Wahlbeteiligung von nur einem Drittel der Studenten erhielten die "Unabhängigen" die Mehrheit. Man darf dabei ruhig unerstellen, daß die Engagierten bestimmt gelerstellen, daß die Engagierten bestimmt ge-wählt haben. Bedingt durch die Stimmenzer-spillterung begünstigte das Hondtsche System die Stärksten und nahm den Linken einen si-

Heraus kam lediglich die unheilige Allianz der Linken mit der extremen Rechten, sie zerbarst freilich schon während der ersten Parlamentssitzung

was bleibt der Regierungsbank bis dahin zu tun?

Will sie nicht nur "in Zeiten des Umbruchs und des Übergangs als Element der Stabilität und Kontinuität wirksam sein" (H. J. Steffen, DIS-KUS 2/67) so hätte sich der ASIA in der Tat nicht nur um die unmittelbaren Belange der nicht nur um die unmittelbaren Belange der Studenten zu kümmern, nicht nur die Lösung konkreter studentischer Probleme... im Keller des Studentenhauses auszuspielen" (die tat), sondern vielmehr die Mittelbaren, im beson-deren die Ausarbeitung hochschulpolitischer Konzeptionen, die bislang nur im Händen der Bonner Studentenschaftslobby lag, selbst zu übernehmen.

schlagen. Aber nicht mehr so einfach, wie es früher war. Die schmutzigen Ausländer sollen im Ausland gesäubert werden, und deutsche Schmutzfinken kommen in die Schublade. Schon hörte ich von einem Vortrag in einer "humanitären Organisation", die auch schon vor Saigon schwimmt, wo es hieß: "Wenn wir erst die Notstandsgesetze haben, wie können wir dann gut arbeiten!"

dann gut arbeiten:
Diejenigen, die klagen, Studentendemonstrationen gingen ihrer akademischen Würde verlustig, wollen nicht merken, daß die Würde einer unwürdigen Ordnung nur den Knüppel verdeckt, der noch im Sack steckt. Wenn die ruhig werden, die heute noch Unruhe machen, dürfen alle bald ruhig sein.

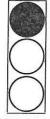
Die Vögelein schweigen im Walde. Warte nur, balde ruhest du auch. Deutsches Nachtlied

Harry R. Starr

## FAHRSCHULE

FRANKFURT/M. Bockenheimer Landstraße 95 Telefon 77 91 40

Grundgebühr: DM 50 .-Fahrstunde: DM 12.50



POHL

seit Jahren die Fahrschule der Studenten